

WP 2012-05

Philipp Steltemeier

**Das Wahlergebnis der Partei Bündnis
90/Die Grünen bei der Landtagswahl in
Baden Württemberg 2011. Ein
theoretischer Erklärungsversuch mithilfe
des Ann-Arbor-Ansatzes.**

Bielefeld University



St. Petersburg State University



***Centre for German and
European Studies (CGES)***

CGES Working Papers series includes publication of materials prepared within different activities of the Center for German and European Studies both in St. Petersburg and in Germany: The CGES supports educational programmes, research and scientific dialogues. In accordance with the CGES mission, the Working Papers are dedicated to the interdisciplinary studies of different aspects of German and European societies.

This paper has been produced within the framework of the Centre for German and European Studies (CGES/ZDES) under the supervision of Prof. Dr. Andreas Vasilache.

Philipp Steltemeier graduated from the faculty of Sociology of the University Bielefeld in 2012 and went on to pursue the MA programme, “Politische Wissenschaft” at the Ruprecht-Karls-University in Heidelberg. His academic fields of interest include psephology and public policy.

Contact: PhilippSteltemeier@gmx.de

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
1. Theoretische Rahmensetzung.....	4
2. Der sozialpsychologische Ann-Arbor-Ansatz.....	5
2.1 „Parteiidentifikation“ nach dem Ann-Arbor-Ansatz	7
2.1.1 Konzeptionelle Einordnung.....	7
2.1.2 Entstehung und Zusammensetzung von „Parteiidentifikation“	8
2.1.3 „Parteiidentifikation“ und Wahlverhalten.....	10
2.2 „Kandidatenorientierung“ nach dem Ann-Arbor-Ansatz	11
2.2.1 Konzeptionelle Einordnung.....	11
2.2.2 Entstehung und Zusammensetzung von „Kandidatenorientierung“	12
2.2.3 „Kandidatenorientierung“ und Wahlverhalten	13
2.3 „Issue-Orientierung“ nach dem Ann-Arbor-Ansatz.....	14
2.3.1 Konzeptionelle Einordnung.....	14
2.3.2 „Issue-Orientierung“ und Wahlverhalten	15
3. Empirische Analyse des Wahlergebnisses der Partei Bündnis 90/Die Grünen in Baden-Württemberg anhand der Determinanten des Ann-Arbor- Ansatzes	18
3.1 Empirische Analyse zur „Parteiidentifikation“	18
3.2 Empirische Analyse zur „Kandidatenorientierung“	22
3.3 Empirische Analyse zur „Issue-Orientierung“	24
3.3.1 Theoretischer Rahmen der empirischen Analyse.....	25
3.3.2 Empirische Befunde zum Wahlergebnis	25
3.3.2.1 Energie- und Umweltpolitik	26
3.3.2.2 Stuttgart 21	30
3.3.3 Kritische Diskussion der Ergebnisse zur „Issue-Orientierung“	31
4. „Parteiidentifikation“, „Kandidatenorientierung“ und „Issue- Orientierung“ als Determinanten zur Analyse des Wahlergebnisses	32
5. Kritische Auseinandersetzung mit den Determinanten des Ann-Arbor- Ansatzes	33
Fazit.....	35
Literaturverzeichnis.....	36
Anhang	39

Einleitung

Das Wahlergebnis der Landtagswahl in Baden-Württemberg, die am 27.03.2011 stattfand, erhielt weit über die Grenzen des Landes hinaus enorme mediale Aufmerksamkeit. Ein wesentlicher Grund hierfür lag im Abschneiden der Partei Bündnis 90/Die Grünen (Die Grünen), die mit 24,2% der Stimmen ihr bestes Wahlergebnis bei Wahlen in Deutschland erzielen konnten (siehe Abbildung 1). Die Folgen, die aus diesem Wahlergebnis resultierten, wurden von den Medien als „Zäsur“, „Zeitenwechsel“ oder „Epochenwechsel“ beschrieben und verdeutlichen, welche Wirkung dem Wahlergebnis der Grünen auf das politische System zugeschrieben wurde (vgl. Zeit 2011): zum einen, weil die Grünen nach der CDU die zweitmeisten Stimmen erhielten und aufgrund dessen am 12.05.2011 Winfried Kretschmann zum ersten „grünen“ Ministerpräsidenten Deutschlands gewählt wurde, zum anderen, weil dies einer linken Partei in einem eigentlich klassisch konservativen Stammland gelang, in dem zuvor die CDU knapp 58 Jahre regierte.

Diese Arbeit befasst sich daher aufgrund der Besonderheit des Wahlergebnisses der Grünen auf den folgenden Seiten mit den Gründen für den Wahlerfolg dieser Partei. Der Hauptfrage, der hierbei nachgegangen werden soll, lautet: Wie ist das historische Wahlergebnis der Grünen in Baden-Württemberg zu erklären? Für die wissenschaftliche Bearbeitung dieser Frage werden im zweiten Kapitel verschiedene Wahlforschungstheorien dargestellt. Aus der Vielzahl an vorhandenen Theorien wird in der Folge begründet, warum der Ann Arbor-Ansatz als Theorie ausgewählt wurde. Die Fokussierung auf eine Theorie soll die Vielzahl an theoretisch denkbaren Faktoren einschränken, die in den Wahlforschungstheorien angeführt werden, um Wahlverhalten zu erklären. Das dritte Kapitel beschäftigt sich detailliert mit dem oben genannten Ansatz. Um eine theoretische Grundlage zu schaffen, werden drei Determinanten vorgestellt, die nach dem Ann Arbor-Ansatzes Wahlverhalten erklären sollen. Im vierten Kapitel folgt dann auf dieser Grundlage die Anwendung des empirischen Materials auf den Ann Arbor-Ansatz. Die im vierten Kapitel entlang der einzelnen Determinanten gewonnenen Analyseergebnisse werden schließlich im darauffolgenden Kapitel zueinander in Kontext gesetzt, um das Wahlergebnis im Verständnis des Ann Arbor-Ansatzes zu analysieren. Das sechste Kapitel setzt sich kritisch mit den einzelnen Determinanten auseinander und zieht Rückschlüsse auf die gewonnen Analyseergebnisse, um diese in ihrer Aussagekraft angemessen beurteilen zu können.

Der theoretische Teil der Arbeit basiert im Wesentlichen auf der Primärliteratur „The Voter Decides“ und „The American Voter“ von Angus Campbell, Gerald Gurin und Warren E. Miller sowie dem „Handbuch Wahlforschung“ von Jürgen W. Falter. Das im empirischen Teil der Arbeit verwendete Datenmaterial zur Landtagswahl in Baden-Württemberg 2011 basiert hauptsächlich auf Erhebungen von Infratest dimap, die auf den Internetseiten www.tagesschau.de und www.infratest-dimap.de frei zugänglich sind. Lediglich die Erhebungen zur Parteiidentifikation stammen von der Forschungsgruppe

Wahlen, das als einziges Institut Befragungen zu dieser Determinante durchgeführt hat. Dieses Material ist nicht frei zugänglich und wurde vom Forschungsinstitut für diese Arbeit zur Verfügung gestellt. Auf weiteres empirisches Datenmaterial wurde verzichtet, da es nach Sichtung keinen inhaltlichen Mehrwert generiert hätte.

1. Theoretische Rahmensetzung

Die Wahlforschung als Teildisziplin der Politikwissenschaft ist geprägt durch eine Vielzahl an Theorien, mit deren Hilfe versucht wird, Wahlverhalten erklärbar zu machen. Im Wesentlichen sind sechs explizit formulierte Theorien zu nennen, die hierzu unterschiedliche Faktoren heranziehen. (vgl. Falter 2005, 305f.)

Ohne auf jede einzelne Theorie im Detail einzugehen, erscheint es sinnvoll, eine Entwicklung in der theoretischen Wahlforschung aufzuzeigen und damit einhergehende Schwerpunktverschiebungen in den Faktoren zu benennen. Die früh entwickelten Theorien weisen eine gewisse Distanz zwischen unabhängiger Variable und abhängiger Variable (Wahlverhalten) auf. So werden zum Beispiel in der Wahlgeographie durch André Siegfried geographische Gegebenheiten herangezogen, um Wahlverhalten zu erklären. Ähnlich ist es beim Cleavage-Ansatz von Martin Lipset und Stein Rokkan oder dem mikrosoziologischen Ansatz von Paul Lazarsfeld, die das soziale Umfeld als unabhängige Variable benennen. Die angeführten unabhängigen Variablen „geographische Gegebenheiten“ oder „soziales Umfeld“ erscheinen logisch relativ weit entfernt von dem individuellen Wahlverhalten eines Menschen, was zugleich die Schwäche der Theorien offenbart. Im Vergleich zu den anderen drei Theorien sind die bereits erwähnten Theorien in ihrer Argumentation und ihren Annahmen unspezifischer, die Prognosen daher allgemein und unspezifisch. Als jüngere Theorien der Wahlforschung gelten der Ann-Arbor-Ansatz von Angus Campbell, der Rational Choice-Ansatz nach Anthony Downs und die Theory of Reasoned Action (TORA) von Icek Ajzen und Martin Fishbein. Sie arbeiten mit der (politischen) Einstellung von Menschen als unabhängige Variable, was zugleich die Distanz zwischen Wahlverhalten und unabhängiger Variable verringert. Im Vergleich zu den erstgenannten Theorien nimmt dadurch die Erklärungsleistung zu. (vgl. ebd., 324)

Um das allgemeine Wahlverhalten und den damit einhergehenden Stimmenzuwachs der Grünen bei der Landtagswahl 2011 in Baden-Württemberg theoretisch aufzuarbeiten, erscheint es daher insgesamt wenig sinnvoll, auf die drei erstgenannten Theorien zurückzugreifen. Diese Theorien eignen sich für spezifischere Fragen, zum Beispiel, inwiefern geographische Gegebenheiten das Wahlverhalten beeinflussen. Für eine möglichst „vollständige“ Erklärung des Wahlverhaltens der Baden-Württemberger empfehlen sich demnach eher der Ann-Arbor-Ansatz von Campbell oder die Rational-Choice Modelle von Downs bzw. Ajzen/Fishbein. Falter kommt in seinem Werk „Handbuch Wahlforschung“ bei seinem Vergleich der sechs genannten Theorien zu folgendem Fazit: „Die

TORA entpuppte sich als eindeutig beste Theorie, innerhalb derer sich alle anderen Theorien rekonstruieren lassen.“ (ebd., 324). Gleichwohl benennt er auch den größten Schwachpunkt des Ansatzes, der die Theorie zur Bearbeitung des Forschungsvorhabens dieser Arbeit unbrauchbar macht. Die Fragen, die aufgrund der TORA erhoben werden müssen, zeichnen sich durch einen hohen Kostenfaktor, Störanfälligkeiten und einen insgesamt hohen Aufwand aus. Die entsprechenden Fragen sind daher in der Umfrageforschung noch nicht zu Standardinstrumenten geworden. Weil in dieser Arbeit auf bereits erhobene empirische Daten zurückgegriffen wird, scheidet die TORA somit ebenfalls aus. Das Rational-Choice Modell nach Downs kann als Spezialfall der TORA verstanden werden und weist daher die gleiche Problematik auf, sodass für den theoretischen Erklärungsversuch der Landtagswahl 2011 in Baden-Württemberg der Ann-Arbor-Ansatz am geeignetsten erscheint. (vgl. ebd., 322ff.)

Dieser Ansatz kann mit allen Menschen- und Handlungsmodellen verknüpft werden (sowohl homo sociologicus als auch homo oeconomicus) und zeichnet sich daher durch eine große Universalität aus. Die Überprüfung der Determinanten-Trias von Parteiidentifikation (PI), Issue-Orientierung (IO) und Kandidatenorientierung (KO) ermöglicht eine Reihe von Aussagen über spezifisches Wahlverhalten. Das Modell kann theoretisch zu allen Zeitpunkten das Wahlverhalten der Bürger für bestimmte Parteien erklären und wird häufig zur Analyse empirischer Wahldaten genutzt. Aufgrund dessen haben sich entsprechend dieser Theorie in den letzten Jahrzehnten Standardinstrumente in der Umfrageforschung entwickelt, auf die im weiteren Verlauf dieser Arbeit zurückgegriffen wird. Des Weiteren hat sich der Ann-Arbor-Ansatz im Vergleich zu anderen Theorien in der Vergangenheit als überaus erklärungskräftig herausgestellt. (vgl. ebd., 318)

Zusammenfassend scheint sich daher der Ann-Arbor-Ansatz im Vergleich zu allen anderen Wahlforschungstheorien am besten zu eignen, um den Stimmenzuwachs der Grünen in Baden-Württemberg bei der Landtagswahl 2011 theoretisch zu beschreiben. Hierfür sprechen insbesondere die analytische Klarheit, der hohe Informationsgehalt und die empirische Bewährung der Theorie in der Forschungspraxis. Im folgenden Kapitel wird daher ein vertiefender Blick auf den Ann-Arbor-Ansatz unternommen, um die theoretische Grundlage zur Bearbeitung der Forschungsfrage zu schaffen.

2. Der sozialpsychologische Ann-Arbor-Ansatz

Die Gliederung des dritten Kapitels orientiert sich an den drei Determinanten, die nach dem Ann-Arbor-Ansatz maßgeblich sind, um Wahlverhalten erklären zu können. Sofern möglich werden die einzelnen Determinanten jeweils konzeptionell eingeordnet und die Entstehung und Zusammensetzung vorgestellt sowie erläutert, wie sie sich im Einzelnen theoretisch auf das Wahlverhalten auswirken. Die intensive Auseinandersetzung mit den Determinanten stellt hierbei die Grundlage dar, um im weiteren Verlauf der Arbeit mithilfe von empirischen Daten daran anknüpfen zu können. Bevor

jedoch auf die einzelnen Determinanten eingegangen wird, erfolgen zunächst einführende Anmerkungen zum Ann-Arbor-Ansatz.

Während vorangegangene Wahlforschungstheorien soziodemographische Merkmale heranzogen, um Wahlverhalten erklärbar zu machen, wurde 1954 an der University of Michigan in Ann Arbor diesbezüglich ein neues Argumentationsmuster entwickelt. Die Sozialwissenschaftler Campbell, Gurin und Miller stellten hierzu erstmals das Individuum ins Zentrum der Forschung. „Our approach to the study of political behavior is not, however, at the level of groups. We are interested in analyzing the motivation of the individual voter or nonvoter.“ (Campbell et al 1954, 80). Die individuelle Motivation des Einzelnen sollte das jeweilige Wahlverhalten erklärbar machen. Faktoren wie der soziale Status einer Person oder geographische Gegebenheiten standen von nun an nicht mehr im Mittelpunkt der Betrachtung (Falter 2005, 188f.).

Mit diesem Ansatz verknüpften sie eine Analyse empirischer Daten der US-Präsidentschaftswahlen von 1948 bzw. 1952 und veröffentlichten diese in dem Buch „The Voter Decides“ (vgl. Roth 2008, 42). Bei der Bestimmung der individuellen Motivation gingen die Forscher explizit nicht von einer monokausalen Erklärung aus, sondern suchten nach mehreren Einstellungen, um das Wahlverhalten des Einzelnen erklären zu können. Konkret benannten sie sechs Einstellungsgrößen, wobei die ersten drei die heutige Determinanten-Trias des Ann-Arbor-Ansatzes bilden.

1. Personal identification with one of the political parties („PI“)
2. Concern with issues of national governmental policy („IO“)
3. Personal attraction to the presidential candidates („KO“)

„Each of these factors may be thought of as having significance in the total motivation of the vote.“ (Campbell et al 1954, 86). Des Weiteren stellten die Wissenschaftler um Campbell in ihrem ersten Werk fest, dass die Determinanten-Trias empirisch eng miteinander zusammenhängt. So befürworten zum Beispiel die Wähler, die sich mit einer bestimmten Partei identifizieren, überproportional häufig auch den entsprechenden Kandidaten oder die entsprechenden Policy-Standpunkte. Die Determinanten bedingen sich somit wechselseitig (vgl. ebd., 144ff.). Bei der späteren Analyse des Wahlergebnisses der Grünen mithilfe des Ann-Arbor-Ansatzes wird dieser Sachverhalt im fünften Kapitel Berücksichtigung finden.

Nach der Veröffentlichung von „The Voter Decides“ wurde vielfach Kritik am Erhebungskonzept geäußert. Kritisiert wurde insbesondere, dass die Theorie nicht darstellen könne, warum und wie Personen individuelle politische Einstellungen erlangen, um dann entsprechend dieser zu wählen (vgl. Rossi 1959, 40f.). Dieser Kritik begegneten die Forscher in ihrem zweiten Werk „The American Voter“, in dem sie sich mit den US-Präsidentschaftswahlen von 1952 bzw. 1956 beschäftigten. Die zu diesem Zweck erfolgten repräsentativen Umfragen beinhalteten einige Modifikationen bezüglich des Erhebungskonzeptes, die sich im Wesentlichen durch den „funnel of causality“ darstellen lassen (siehe Abbildung 2). Dieser sollte eine analytisch bessere

Darstellung des Prozesses der individuellen Wahlentscheidung ermöglichen. Da im weiteren Verlauf der Arbeit auf quantitative Erhebungen zurückgegriffen wird, ist eine Analyse von individuellen Wahlentscheidungen nicht möglich, sodass an dieser Stelle nicht weiter auf den „funnel of causality“ eingegangen wird. Dennoch veranschaulicht Abbildung 2, in welchem Verhältnis die Determinanten zueinander stehen und welche vorgelagerten Faktoren diese beeinflussen (können). Bei der Analyse der einzelnen Determinanten wird daher auch die Anordnung der Determinanten im „funnel of causality“ Erwähnung finden. Neben dem Kausalitätstrichter, der einen vertiefenden Bezug zu Politik und Gesellschaft ermöglicht, wurden im Werk „The American Voter“ auch Modifizierungen hinsichtlich der drei Determinanten unternommen. Die nachfolgende Analyse der einzelnen Determinanten basiert daher auf den modifizierten Ausführungen, die im Werk „The American Voter“ dargelegt wurden.

2.1 „Parteiidentifikation“ nach dem Ann-Arbor-Ansatz

2.1.1 Konzeptionelle Einordnung

Die PI entwickelten die Sozialwissenschaftler der University of Michigan aus der Bezugsgruppentheorie (vgl. Merton 1957). Eine Partei wird als soziale Großgruppe betrachtet, der sich Personen verbunden fühlen können. Dieses Verbundenheitsgefühl kann mit der PI gleichgesetzt werden, ist aber von einer formalen Parteimitgliedschaft zu unterscheiden. Mit diesem Verständnis von PI geht die Annahme einher, dass ein starkes Verbundenheitsgefühl mit der Partei für Konformität von Parteizielen und –normen innerhalb der Gruppe sorgt: „We would expect high party identification to be associated with conformity to perceived party standards and support of perceived party goals.“ (Campbell et al 1954, 90).

Die Darstellung des „funnel of causality“ veranschaulicht, dass die PI zeitlich und kausal den anderen beiden Determinanten vorgelagert ist. Sie wird verstanden als „(...) langfristig stabile affektive Bindung an eine politische Partei, die in einer frühen Phase der politischen Sozialisation erworben wird und sich im Laufe des Lebens intensiviert. Sie lässt Politik interessant und wichtig erscheinen, ‚färbt‘ die individuelle Wahrnehmung des politischen Geschehens, (...) und prägt das Wahlverhalten, das von ihr jedoch infolge kurzfristiger Einflüsse abweichen kann.“ (Falter 2005, 206). Die erworbene PI dient hierbei als Filter der politischen Wahrnehmung und beeinflusst die Sicht des Menschen auf die politischen Ereignisse. Sie nimmt somit auch eine Orientierungsfunktion im politischen Geschehen ein, da eigentlich komplexe politische Sachverhalte auf das für das jeweilige Individuum vermeintlich Wesentliche reduziert werden. (vgl. ebd., 196)

Um die PI bei den US-Präsidentenwahlen 1952 empirisch messen zu können, entwickelten die Forscher drei Fragen, um die Befragten auf einer siebenstufigen Skala einstufen zu können. Diese Skala umfasst die starke Identifikation mit den Demokraten, mit den Republikanern und verschiedene

Formen von parteipolitischer Unabhängigkeit. Mit der Anwendung der Skala geht einher, dass die Identifikation mit einer Partei zugleich die Identifikation mit anderen Parteien ausschließt. Parteipolitische Unabhängigkeit wird hierbei mit Neutralität gleichgesetzt. (vgl. ebd., 190f.) Folgende Einwände wurden dem Konzept entgegen gebracht:

1. Intensität und Richtung der PI müssten nicht zwangsläufig eine Dimension darstellen, die Trennung von Richtung und Intensität in eigenständige Dimensionen könnten Wechsel der Parteibindung besser erklären (vgl. Katz 1979).

2. Die Grundannahme, jede Person könnte sich nur mit einer Partei identifizieren, sei realitätsfern (vgl. Maggiotto und Piereson 1977).

3. Die Abneigung gegenüber einer Partei bedinge nicht automatisch die Zuneigung zu einer anderen Partei, positive und negative Einstellungen zu Parteien seien daher unabhängig voneinander zu verstehen (vgl. Rose und Mishler 1998).

4. PI und die Unabhängigkeit einer Person zu einer Partei müssten sich nicht kategorisch ausschließen (vgl. Valentine und van Wingen 1980).

Bezüglich der Eindimensionalität des Konzepts der PI fand somit ein reger wissenschaftlicher Diskurs statt. Dennoch spricht für dieses Konzept, dass es einfach zu operationalisieren ist und scheinbar keine gravierenden Fehler herbeiführt, wie die mehrfache Anwendung bei den US-Präsidentenwahlen verdeutlicht hat. Gleichwohl scheinen die oben erwähnten Einwände ihre Berechtigung zu haben. Ebenfalls kritisch hinterfragt wurde, ob das Konzept überhaupt auf andere Länder übertragbar sei (vgl. Thomassen 1976). Zahlreiche Validierungsanalysen führten zu dem Ergebnis, dass zumindest in Deutschland Parteibindungen vorliegen, die mithilfe eines in den 1970er Jahren entwickelten Indikators gemessen werden können. Die bis heute in der empirischen Wahlforschung angewandte Frage lautet: „Viele Leute in der Bundesrepublik neigen längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen? Neigen Sie – ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten politischen Partei zu?“ (Falter 2005, 209). In der Folge wird befragt, zu welcher Partei eine Bindung besteht, und mithilfe eines fünfstufigen Indexes die Stärke der Bindung ermittelt (von „sehr stark“ bis „sehr schwach“). (vgl. ebd., 206ff.)

2.1.2 Entstehung und Zusammensetzung von „Parteidentifikation“

Die Forscher um Campbell gehen davon aus, dass die PI bereits im jugendlichen Alter in der Familie erworben wird und sich im Laufe des Lebens weiter verfestigt. Die Annahme, dass die Familie eine wesentliche Rolle bei der Entwicklung von PI spielt, resultiert aus der Beobachtung, dass die Kinder zumeist die gleiche Parteibindung aufweisen wie die Eltern. Untersuchungen

ergaben, dass die Weitergabe von Parteibindungen im Vergleich zur IO von Generation zu Generation deutlich häufiger gelingt (vgl. Jennings und Niemi 1968). Dennoch kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Familie der einzig entscheidende Faktor für die Entwicklung von PI ist, weil unter anderem der Einfluss der Eltern auf die Kinder im Laufe des Lebens nachlässt, sodass andere Akteure wie Gleichaltrige oder die Massenmedien an Einfluss gewinnen können. Des Weiteren können auch Faktoren angeführt werden, die erklären, warum sich die PI zwischen Eltern und Kindern unterscheidet, weil zum einem die Elternteile selbst sich mit unterschiedlichen Parteien identifizieren und zum anderen, weil die Eltern eine andere PI aufweisen als andere Bezugsgruppen des Kindes. Dadurch werden unterschiedliche Impulse an das Kind gesendet, die eine feste PI tendenziell unwahrscheinlich werden lassen. Ein wesentlicher Faktor für die Entwicklung von Parteibindungen spielen Empfindungen aus Wahlkämpfen im Jugendalter. Die meist noch losen Parteisymphathien entwickeln sich dabei häufig zu festen Parteibindungen, sofern die bereits mit Sympathien behaftete Partei im Wahlkampf Positionen vertritt, die dem Jugendlichen selbst zusagen. Wissenschaftler sprechen in diesem Zusammenhang von „Kristallisation“ (vgl. Jennings 1989). Nach dieser Lebensphase wird davon ausgegangen, dass die nun vorhandene PI stabil und intensiv ist und sie in der Tendenz im Laufe des Lebens weiter zunimmt. (vgl. Falter 2005, 210ff.)

Die Färbewirkung der PI auf politische Geschehnisse bedingt hierbei die Stabilität der PI. „ParteiAnhänger nehmen die politische Realität vergleichsweise polarisiert und verzerrt zugunsten ihrer Identifikationspartei wahr (...).“ (ebd., 212). Dies gilt insbesondere für Kandidaten und Positionssachfragen der Identifikationspartei, während andere Parteien vergleichsweise skeptisch beurteilt werden. Dennoch kann nicht davon ausgegangen werden, dass die PI die Wahrnehmung so stark färbt, dass negative Informationen über die Identifikationspartei nicht wahrgenommen werden und sich der Wähler parteipolitisch vereinnahmen lässt. Er wird nicht immun gegen Ereignisse, die seine Identifikationspartei negativ darstellen. „Of course party identification cannot account for all the observed variation of political attitude. However great its impact, partisan loyalty does not by any means express the total influence of factors antecedent in a causal sense to the attitudes we have studied.“ (Campbell et al 1960, 131). (vgl. Falter 2005, 212)

Wie einflussreich die PI die Wahrnehmung auf das politische Geschehen färbt, ist maßgeblich von der Stabilität und Intensität abhängig. Bereits langanhaltende Parteibindungen scheinen hierbei stärker die Wahrnehmung zu beeinflussen als gerade erst erworbene Parteibindungen im Jugendalter (vgl. Falter et al 2000, 13ff.). Daraus ergibt sich auch die Instabilität der PI im Jugendalter, da sie noch nicht lange besteht und somit die Filterwirkung begrenzt ist. Parteibindungen färben allerdings nicht nur in einem bestimmten Grad die politische Wahrnehmung, sondern wirken auch strukturierend. Polarisieren die politischen Akteure in einem Wahlkampf, strukturiert die PI die themenspezifischen Einstellungen. Tritt also ein Spitzenkandidat als massiver Verfechter parteipolitischer Inhalte auf, nimmt der Wähler mit entsprechender Parteibindung diesen viel stärker wahr, als würde der Spitzenkandidat Distanz

zur eigenen Partei wahren. Da in der Regel Wahlkämpfe entlang von Parteigrenzen geführt werden, können selbst instabile und erst kurzfristig erworbene Parteibindungen eine starke Wirkung erzeugen. (vgl. Falter 2005, 212f.)

Dennoch kann nicht davon ausgegangen werden, dass die jeweilige Identifikation mit einer Partei andere politische Einstellungen determiniert. Vielmehr konnte herausgefunden werden, dass die Parteiidentifikationsverteilung auf politische Gegebenheiten (z.B. schlechte Wirtschaftslage, Beliebtheitsgrad von Spitzenpolitikern, Wahlprognosen) reagiert, indem sie sich langsam an die Gegebenheiten anpasst (vgl. Greene 1999). IO oder KO können somit auch auf die PI einwirken. Plötzliche, massiv auftretende Veränderungen in der Verteilung der PI sind hierbei allerdings unwahrscheinlich. Parteibindungswechsel allgemein sind somit äußerst selten und resultieren, wenn überhaupt, aus dem Wechsel des (sozialen) Umfeldes oder einschneidender politische Ereignisse, die der Parteibindung zuwiderlaufen und dadurch ein persönliches Umdenken auslösen (vgl. Falter 2005, 213). Richtungswechsel der PI sind somit generell möglich, hängen aber maßgeblich von der Stabilität und Intensität der PI und der Stärke der politischen Ereignisse ab. „Denn je stärker eine PI ist, um so schwerwiegender müssen ihre widersprechenden Informationen sein, um einen Richtungswechsel herbeiführen zu können.“ (ebd., 215). Mithilfe von Wiederholungsbefragungen konnte für Deutschland herausgefunden werden, dass die PI stabiler ist als die anderen Determinanten der Trias (vgl. Zelle 1995b, 153f.). (vgl. Falter 2005, 215f.)

Festgehalten werden kann demnach, dass im Vergleich mit den anderen Determinanten der Trias die Parteibindung die stabilste Einstellungsgröße ist. Die Stabilität, aber auch die strukturierende Wirkung der PI, ist hierbei allerdings vom gesellschaftlichen Kontext abhängig. Ein homogenes politisches und soziales Umfeld stellt daher die besten Voraussetzungen für die Stabilität der Parteibindung dar.

2.1.3 „Parteiidentifikation“ und Wahlverhalten

Die herausgehobene Stellung der PI, die durch Abbildung 2 veranschaulicht wird, haben Key und Munger als „standing decision“ (Key und Munger 1959, 286) beschrieben. Diese Bezeichnung soll die Vorprägekraft der PI auf die Wahlentscheidung verdeutlichen, die in zahlreichen Ländern empirisch nachgewiesen werden konnte. Insbesondere gilt dies für die Richtung der Wahlentscheidung und die Wahlbeteiligung insgesamt. So nehmen allgemein Wähler mit PI häufiger an Wahlen teil als Wähler ohne PI. Zudem konnte festgestellt werden, dass eine starke Parteibindung des Wählers die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass dieser auch die entsprechende Identifikationspartei wählt. Die Kraft der Prägung der Parteibindung ist hierbei allerdings nicht konstant. Seit den 90er Jahren wählen nach Messungen nur noch 80% der Wähler mit PI ihre Identifikationspartei. In den 70er bis 90er Jahren galt dies fast für alle Wähler. Daher wird in der Forschung auch von einer

Erosion der PI gesprochen (vgl. Zelle 1995a, 157). Dennoch konnte festgestellt werden, dass die PI im internationalen Vergleich das Wahlverhalten stark prägt. Ein wesentlicher Faktor scheint hierbei auch der institutionelle Kontext zu sein. Bei den US-Präsidentschaftswahlen konnte eine schwächere Prägekraft der Parteibindung für das Wahlverhalten festgestellt werden als etwa für Parlamentswahlen in Deutschland. Dieser Sachverhalt wird damit erklärt, dass bei Parlamentswahlen Parteien für Spitzenämter gewählt werden, diese in der Konsequenz geschlossener auftreten müssen und damit die PI der Wähler stärker angesprochen wird als dies bei Präsidentschaftswahlen der Fall ist (vgl. Holmberg 1994, 95f.). Der Einfluss der PI auf das Wahlverhalten ist somit unbestritten. Die Intensität der Parteibindung bestimmt hierbei den Grad, wie stark das Wahlverhalten vorgeprägt und mit der Zeit stabilisiert wird. (vgl. Falter 2005, 217f.)

2.2 „Kandidatenorientierung“ nach dem Ann-Arbor-Ansatz

2.2.1 Konzeptionelle Einordnung

Bei der KO legten die Forscher aus Ann Arbor ihr Hauptaugenmerk auf persönliche (Glaubwürdigkeit, Ehrlichkeit) und politische Eigenschaften (Führungsfähigkeit, Stellung des Kandidaten zu politischen Sachfragen) der Präsidentschaftskandidaten. (vgl. Campbell et al 1960, 55). Zudem unterschieden sie hierbei zwischen Ausmaß und Richtung der PI. Das Ausmaß wurde hierbei empirisch mithilfe offener Fragen bezüglich der oben genannten Eigenschaften der Kandidaten abgebildet. Die Richtungskomponente hingegen wurde mithilfe eines Indexes gemessen, der von -2 (Präferenz für Kandidat x) bis +2 (Präferenz für Kandidat y) reichte. Jedem Befragten konnte somit ein Wert zugeordnet werden, der die Richtung hinsichtlich der KO anzeigte. Auch hier stellten die Forscher folgendes fest: je größer die politische Partizipation, desto größer ist das Ausmaß der KO und je stärker die Richtungskomponente, desto höher die Wahrscheinlichkeit, dass der Befragte den entsprechenden Kandidaten wählt. (vgl. Falter 2005, 192f.)

Aufgrund dessen, dass die KO im Hinblick auf die Analyse der amerikanischen Präsidentschaftswahlen entwickelt wurde, ist zu hinterfragen, inwiefern sich dieses Konzept überhaupt auf andere politische Systeme übertragen lässt. Da in parlamentarischen Demokratien wie in Deutschland, Parteilisten anstatt Kandidaten gewählt werden, kann sich bei solchen politischen Systemen die Analyse nicht auf das Objekt, also den Kandidaten, beziehen. Daher ist in diesen Fällen eine Modifikation des Konzepts nötig. Das Konzept muss insofern umgemünzt werden, als das man bei der KO den Fokus auf die Spitzenkandidaten legt. (Kanzlerkandidaten, Ministerpräsidenten usw.) Theoretisch ist allgemein von geringeren Kandidateneffekten auszugehen, weil in parlamentarischen Demokratien mit einer geringeren Fokussierung auf Personen zu rechnen ist als zum Beispiel im amerikanischen Wahlkampf. (vgl. Falter 2005, 234f.)

Auf der im Werk „The American Voter“ gemachten Unterscheidung zwischen persönlichen und politischen Eigenschaften von Kandidaten basieren im Wesentlichen auch heutige empirische Erhebungen in Deutschland. Obwohl von der Forschung der Versuch unternommen wurde, Kandidatenerurteile in verschiedene Dimensionen einzuordnen und somit tiefergehende Analysen zur KO zu ermöglichen, „(...) scheint bislang noch keine allgemein akzeptierte Vorstellung von den relevanten Kandidatendimensionen formuliert worden zu sein.“ (Falter 2005, 235). Auch deshalb verwendet die Forschungspraxis bis heute recht allgemeine Fragen zu persönlichen und politischen Eigenschaften von Kandidaten, um die KO der Wähler zu messen. (vgl. ebd., 235f.)

2.2.2 Entstehung und Zusammensetzung von „Kandidatenorientierung“

Grundvoraussetzung für den Einfluss von KO auf das Wahlverhalten jedes einzelnen Wahlberechtigten ist, dass der Bürger gewisse Einstellungen zu den jeweiligen Kandidaten entwickelt. Hierbei ist im Wesentlichen zwischen zwei Einstellungen zu unterscheiden. Zum einen resultieren diese aus momentanen Erfahrungen, die der Bürger mit dem Kandidaten macht, indem er die aktuelle politische Arbeit des Kandidaten bewertet. Diese spezifischen Einstellungen unterliegen je nach der Zufriedenheit des Bürgers großen Schwankungen. Der Kandidat selbst kann diese Einstellungen beeinflussen, indem er versucht, seine politische Arbeit in einem guten Licht erscheinen zu lassen. Zum anderen können sich Einstellungen des Wählers entwickeln, ohne dass dieser sich auf die politische Arbeit bezieht. Der Kandidat wird hierbei von seinem politischen Mandat losgelöst betrachtet, es geht um Charaktereigenschaften, die dem einen Wähler sympathisch und dem anderen Wähler unsympathisch erscheinen. Vom Typ her ähnliche Kandidaten müssten somit ähnlich gute oder schlechte Popularitätswerte in der Öffentlichkeit aufweisen. Diese Einstellungen kann der Kandidat nicht beeinflussen. „Empirisch erweisen sich Kandidatenorientierungen als Amalgam aus aktuellen Eindrücken vom politischen Geschehen und bereits vorher bestehenden Dispositionen.“ (ebd., 236). (vgl. ebd., 236)

Beide Einstellungstypen fallen somit bei der KO ins Gewicht. Die Verteilung dieser Typen ist hierbei abhängig von bestimmten Faktoren. Ist zum Beispiel die politische Arbeit des Kandidaten transparent, kann sie durch den Wähler bewertet werden, sodass der erste Einstellungstyp bei der KO stark ins Gewicht fallen dürfte. Ist die politische Arbeit hingegen für den Wähler schwer nachvollziehbar, wird dieser dazu neigen, verstärkt Charaktereigenschaften heranzuziehen, um den Kandidaten zu bewerten. Zudem spielt der Einfluss der PI auf die KO eine entscheidende Rolle. Das Parteibuch des Kandidaten wird häufig vom Wähler als Bewertungskriterium mit einbezogen und dient somit ebenfalls als Orientierungshilfe. Sowohl rollennahe als auch rollenferne Eigenschaften werden also vom Wähler bei der KO herangezogen. Diese Erkenntnis hat daher auch die empirische Wahlforschung dazu veranlasst,

sowohl nach persönlichen als auch politischen Eigenschaften von Kandidaten zu fragen, um ein möglichst vollständiges Bild der KO zu erhalten. (vgl. ebd., 236f.)

2.2.3 „Kandidatenorientierung“ und Wahlverhalten

Hat der Bürger nun durch Bewertung persönlicher und politischer Eigenschaften von Kandidaten eine Präferenz für einen Kandidaten entwickelt, kann die Wirkung der KO auf das Wahlverhalten gemessen werden. Damit auch die konkrete Wirkung dieser Determinante erhoben wird, ist es wichtig, sie von den anderen Determinanten losgelöst zu betrachten. Dies kann nur dann funktionieren, wenn für die Wahlentscheidung die KO maßgeblich war und keine Beeinflussung durch zum Beispiel die PI stattgefunden hat. Der Wähler müsste dementsprechend anders gewählt haben, wenn keine Präferenz für einen Kandidaten vorgelegen hätte. Diese Schlussfolgerung impliziert zugleich, dass von eigenständigen Effekten der KO auf das Wahlverhalten lediglich begrenzt ausgegangen werden kann, da der Wähler häufig PI und KO verknüpft, um eine Wahlentscheidung zu treffen. (vgl. ebd., 237f.)

Daraus resultiert, dass insbesondere parteilose Wähler tendenziell eher zu kandidatenorientiertem Wahlverhalten neigen, weil keine Sympathien für eine bestimmte Partei vorliegen. Auch die Art und der Umfang des Konsums von Medien kann den Wähler in seiner KO beeinflussen, da maßgeblich durch die Medien das Image der Kandidaten beeinflusst wird. Je stärker der Kandidat medial präsent ist, desto eher dürfte der Kandidat (ob positiv oder negativ) mit einem Effekt für die Wahl rechnen. Das Ausmaß von kandidatenorientiertem Wahlverhalten ist zudem auch vom institutionellen politischen System abhängig. Der Effekt der KO auf das Wahlverhalten unterscheidet sich maßgeblich dadurch, ob bei der Wahl Direktwahlen von Kandidaten (großer Effekt) oder Parlamentswahlen (geringer Effekt) stattfinden. (vgl. ebd., 238)

In parlamentarischen Demokratien lässt sich aufgrund von erhobenen empirischen Daten ein Kandidateneffekt nachweisen. Dieser ist jedoch im Hinblick auf das Wahlverhalten im Verhältnis zu den anderen Determinanten als gering zu bezeichnen. Von einem Anstieg des Kandidateneffekts, bedingt durch stärkeren Medienkonsum oder sinkenden Zahlen der PI, kann jedoch nicht ausgegangen werden. Insbesondere in Deutschland basiert der Kandidateneffekt auf den Kanzlerkandidaten bei der Bundestagswahl. Obwohl die Kanzlerkandidaten eine wichtige Rolle für die Wahlentscheidung der Bürger spielen, darf der Effekt nicht überinterpretiert werden. Das haben Analysen von empirischem Datenmaterial ergeben, die den Kandidateneffekt in Wechselwirkung mit den anderen Determinanten kontrolliert haben (vgl. Norpoth 1977, 564f.). Dies dürfte umso mehr für die Kandidaten bei Landtagswahlen gelten, die medial in der Tendenz weniger Aufmerksamkeit erhalten. (vgl. Falter 2005, 238f.)

2.3 „Issue-Orientierung“ nach dem Ann-Arbor-Ansatz

Bei der IO wird entgegen des bisherigen Vorgehens nicht im Detail auf die Entstehung und Zusammensetzung eingegangen. Dies hat maßgeblich damit zu tun, dass sich die IO aus einer Vielzahl individueller Faktoren zusammensetzt, auf die hier im Einzelnen nicht eingegangen werden kann. Allgemein ist aber davon auszugehen, dass sich Wähler bei ihrer Wahlentscheidung auch an Sachfragen orientieren, zu denen Parteien unterschiedliche Stellungen beziehen. „Just as the citizen’s political behavior may be taken to affect, in one degree or another, the course of public policy, so questions of public policy may be presumed to affect the citizen’s political behavior.“ (Campbell et al 1960, 168). Die jeweiligen Parteiprogramme bieten dem Wähler hierbei eine Orientierung. Aus welchen Sachfragen sich die IO des Einzelnen allerdings zusammensetzt und welche Gründe dafür angeführt werden können, kann mithilfe des später zur Anwendung kommenden empirischen Datenmaterials nicht geklärt werden.

2.3.1 Konzeptionelle Einordnung

Die IO bezieht sich auf die inhaltliche Dimension von Politik, meist zu aktuellen politischen Themen vor einer Wahl. Idealtypisch ist hierbei irrelevant, welche Partei zu bestimmten Sachthemen welche Auffassung vertritt. Um dennoch die Auswirkungen der IO auf die Wahlentscheidung besser bestimmen zu können, wurden bei Erhebungen politische Themen direkt in den Kontext zu Parteien und Kandidaten gesetzt. Untergliedert wird die IO in drei Elemente: sensitivity to partisan differences, extent of involvement in issues und direction of issue involvement (vgl. Campbell et al 1954, 114). „Aus diesen drei Variablen entwickeln die Autoren die für die Wahlanalyse relevanten Größen: zum einen das Ausmaß der IO (extent of issue orientation), das sich aus den ersten beiden Komponenten zusammensetzt, zum anderen die parteipolitische Richtung der IO (issue partisanship), die die Sensibilität für Issue-Differenzen und die Richtung der Issue-Involvierung verbindet.“ (Falter 2005, 191f.). Empirisch stellten die Sozialwissenschaftler fest, dass sich das Ausmaß politischer Beteiligung mit dem Grad der IO wechselseitig bedingen. Gleiches gilt für die parteipolitische Richtung der IO und die Art der Wahlentscheidung. (vgl. ebd., 192ff.)

Unter dem Begriff „issue“ verstehen die Wissenschaftler aus Ann Arbor strittige Policy-Fragen, konkret also sich auf den Staat beziehende politische Sachfragen (vgl. Campbell et al 1960, 168f.). Bei diesem Verständnis stellt sich allerdings die Frage, was genau mit Sachfrage gemeint ist (vgl. Falter 2005, 226). Um diesen Begriff theoretisch handhabbar zu machen, haben sich für die Interpretationen von Wahlen zwei Klassifikationen bewährt. So kann zwischen einer zeitlichen und einer inhaltlichen Dimension klassifiziert werden. Auf der zeitlichen Dimension wird zwischen prospektiven und retrospektiven Urteilen differenziert. Trifft der Wähler aufgrund zukünftiger Erwartungen seine Wahlentscheidung, oder basiert diese auf vergangenen Erfahrungen? Wählt der Bürger prospektiv, spricht vieles dafür, dass der Wähler der jeweiligen Partei den Auftrag geben will, bestimmte Politikziele umzusetzen (vgl. Erikson et al 2000).

Erfolgt hingegen die Wahl aufgrund in der Vergangenheit gemachter Erfahrungen, kann die Wahlentscheidung als Lohn oder Strafe für eine bestimmte Partei verstanden werden (vgl. Key 1966). (vgl. Falter 2005, 227)

Die inhaltliche Dimension hingegen zielt zum einen auf „Valenzissues“ ab. Das sind Sachfragen, die sich mit gesellschaftlichen Zielen befassen, die für die Mehrheit der Bevölkerung wünschenswert sind. (geringe Arbeitslosigkeit, nationale Sicherheit usw.) Für die Wahl relevant werden diese „Valenzissues“, wenn die Bürger die Erreichung dieser Ziele mit einer Partei/einem Kandidaten verbinden. Zum anderen gibt es auf der inhaltlichen Dimension „Positionsissues“. Diese zeichnen sich dadurch aus, dass die Bevölkerung bei dieser Art von Sachfragen geteilter Meinung ist, es also keine deutliche Meinungsmehrheit in der Bevölkerung gibt, sondern die Sachfrage stark umstritten ist, wie zum Beispiel bei den Themen Mindestlohn oder Auslandseinsätzen der Bundeswehr (vgl. Stokes 1963, 373). (vgl. Falter 2005, 227)

Diese in aller Kürze angedeuteten Issue-Typologien lassen es notwendig erscheinen, bei der Analyse von Wahlergebnissen nicht nur einen Effekt der Determinante IO nachzuweisen, sondern auch zu analysieren, welche Sachfragen konkret das Wahlverhalten beeinflusst haben und inwiefern dieser Umstand gedeutet werden kann (vgl. ebd., 228). Hierzu bedarf es detaillierter Befragungen, an denen es in der Praxis häufig mangelt. Dies hängt maßgeblich damit zusammen, dass die Wahlforschungsinstitute hauptsächlich mit quantitativen Erhebungen arbeiten. Um das Konzept der IO voll auszuschöpfen, wären hingegen qualitative Befragungen nötig. Im weiteren Verlauf der Arbeit wird daher das Konzept der IO nur insoweit nutzbar sein, wie es das vorliegende quantitative empirische Datenmaterial erlaubt.

2.3.2 „Issue-Orientierung“ und Wahlverhalten

Je nach Issue-Typologie unterscheiden sich auch die Bedingungen für sachfragenorientiertes Wahlverhalten. Unterscheidet man, wie in Abschnitt 3.3.1 angedacht, zwischen Wahlverhalten, das auf dem Leistungsgedanken und dem positionsbezogenen Wahlverhalten beruht, gestaltet sich der Entscheidungsprozess und damit auch die Bedingungen unterschiedlich. Stellt der Wähler gewisse Themen in den Mittelpunkt seiner Betrachtung und überprüft, welche der Parteien dieses Thema aus seiner Sicht am besten bearbeitet hat bzw. bearbeiten wird, entscheidet er anhand leistungsbezogener Sachfragen, sofern dies seine Wahlentscheidung beeinflusst. Positionsbedingtes Wahlverhalten hingegen geschieht dann, wenn der Wähler in einer Sachfrage einen bestimmten Standpunkt vertritt und dann die Partei wählt, die seinem eigenen Standpunkt möglichst nahe kommt (vgl. Downs 1957). Eine weitere Auffassung im Hinblick auf positionsbedingtes Wahlverhalten hat Rabinowitz mit dem Richtungsmodell entwickelt, das mit dem Distanzmodell von Downs konkurriert. Hierbei achtet der Wähler auf die Streitigkeiten der Parteien im Hinblick auf für ihn relevante Sachfragen. Die Partei, die die Meinung des Wählers hierbei am energischsten vertritt, wird gewählt (vgl. Rabinowitz et al

1982). Grundsätzlich sollte hierbei allerdings nicht automatisch angenommen werden, dass der Wähler eine wohl bedachte sachfragenorientierte Wahlentscheidung getroffen hat. Ebenso kann diese auch durch falsche Informationen oder oberflächliche Empfindungen motiviert gewesen sein. (vgl. Falter 2005, 226ff.)

Nachdem nun verschiedene Beweggründe für sachfragenorientiertes Wahlverhalten aufgezeigt wurden, ist es notwendig, auf die konkreten Bedingungen einzugehen, damit sich IO im Wahlverhalten überhaupt niederschlagen. Die Wissenschaftler aus Ann Arbor haben sich damit in dem Werk „The American Voter“ auseinandergesetzt. Erstens müssen die strittigen Sachfragen vom Wähler überhaupt erst mal auf der politischen Agenda wahrgenommen werden („issue familiarity“), dem Wähler bedeutungsvoll erscheinen und der Wähler zu der jeweiligen Sachfrage eine eigene Position beziehen. („intensity of opinion“). Zweitens muss der Wähler Differenzen zwischen den einzelnen Parteien im Hinblick auf die Sachfragen feststellen können, um eine Entscheidung im Einklang mit der eigenen Meinung treffen zu können („issue position of parties“) (vgl. Campbell et al 1960, 169ff.). Drittens muss bei der Feststellung von sachfragenorientiertem Wahlverhalten geprüft werden, inwiefern die anderen beiden Determinanten aus der Trias auf das Wahlverhalten eingewirkt haben und wie groß der Anteil der Sachfragenorientierung am Wahlverhalten ist. Insbesondere die dritte Bedingung ist in diesem Kontext hervorzuheben, da sowohl die PI als auch die KO die IO beeinflussen kann (vgl. ebd., 185ff.). Betrachtet man die Sachfragenorientierung nicht im Kontext der anderen Determinanten, ist die Gefahr groß, den Einfluss der Sachfragenorientierung auf das Wahlverhalten zu überschätzen. Die Bewertung von Wahlverhalten sollte daher ganzheitlich, also bei Betrachtung der gesamten Determinanten-Trias, erfolgen. (vgl. Falter 2005, 228f.)

Um Issue-Effekte auf das Wahlverhalten jedes Einzelnen belegen zu können, „(...) muß zusätzlich die Verteilung der Issue-Orientierung in der Bevölkerung von der Verteilung der Parteipräferenzen unter Vernachlässigung des Sachfrageneffekts verschieden sein.“ (ibd., 229). Des Weiteren muss bei der Analyse von sachfragenorientiertem Wahlverhalten berücksichtigt werden, dass nicht jede Sachfrage auf das Verhalten des Bürgers bei der Wahl gleich einwirkt. So ist es für den Wähler meist einfacher, zu den weiter oben bereits erwähnten „Valenzissues“ Stellung zu beziehen als zu komplexen, spezifischen Sachfragen, sodass sich theoretisch die „Valenzissues“ stärker auf das Wahlverhalten auswirken müssten (vgl. Campbell et al 1960, 175). Berücksichtigt werden muss zudem, dass nicht für alle Bürger die gleichen Sachfragen von Bedeutung sind. Ein internetaffiner Bürger wird sich zum Beispiel mehr für netzpolitische Themen interessieren als für Themen der Entwicklungshilfe. Campbell bezeichnet diese unterschiedlichen thematischen Orientierungsschwerpunkte innerhalb der Gesellschaft als „issue publics“ (ibd., 176f.). So verdeutlichen unterschiedliche Wählersegmente durch die jeweilige Wahlentscheidung ihre spezifischen Interessenschwerpunkte in der Politik. Entscheidend kann auch der Faktor sein, wie lange eine Sachfrage auf der politischen Agenda vertreten ist und der Meinungs austausch in der Öffentlichkeit

stattfindet. Je länger dies der Fall ist, desto einfacher können sich die Wähler ein entsprechendes Meinungsbild schaffen (ebd., 181). Des Weiteren scheinen retrospektive, leistungsbezogene Sachfragen einen größeren Einfluss auf das sachfragenorientierte Wahlverhalten zu haben als etwa „Positionsissues“ oder prospektive Urteile, die das Wahlverhalten beeinflussen. Dies hat maßgeblich damit zu tun, dass die Kosten der Informationsbeschaffung für die Wähler geringer sind, wenn sie retrospektiv und leistungsbezogen urteilen, anstatt sich mit Parteiprogrammen oder zukünftigen Regierungszusammensetzungen beschäftigen zu müssen, um „Positionsissues“ erkennen oder prospektive Urteile fällen zu können (vgl. Roller 1998, 163). (vgl. Falter 2005, 229f.)

Zudem konnten die Wissenschaftler einen Bedeutungszuwachs des sachfragenorientierten Wahlverhaltens im Laufe der letzten Jahre feststellen. Mehrere Faktoren werden hierbei angeführt, um diesen zu erklären. Entscheidenden Einfluss trägt hierbei der Faktor Bildung. „One of the functions of education is to acquaint a person with a wide range of information about social, psychological, economic, and political problems. A person with little or no education (...) will not have opinions on many issues simply because he is not aware of the existence of the issue.“ (Campbell et al 1960, 175). Der allgemein höhere Bildungsgrad innerhalb der Gesellschaft impliziert daher einen Bedeutungszuwachs der IO im Wahlverhalten. Einen weiteren Faktor stellt die wachsende Anzahl der Bürger dar, die sich mit keiner Partei identifizieren, dementsprechend der „Filterwirkung“ der PI nicht unterliegen und somit durch Issue-Effekte auf das Wahlverhalten direkter beeinflusst werden. (vgl. Falter 2005, 230)

Zudem gibt es zahlreiche Faktoren, die die IO im Wahlverhalten beeinflussen. So darf der Einfluss politischer Eliten nicht unterschätzt werden: sie können ganz gezielt Themen auf die politische Agenda setzen und damit öffentliche Diskussionen über bestimmte Sachfragen initiieren. Das Stimmverhalten der Bürger kann hierbei im Hinblick auf die IO massiv beeinflusst werden. Mitentscheidend kann in diesem Kontext auch sein, ob die Führungskräfte der jeweiligen Partei politische Inhalte entsprechend ihres Parteiprogramms umsetzen. Dies dient dem Wähler als Orientierungsfunktion, indem dieser prüft, ob auch nach der Wahl die Themenschwerpunkte gesetzt werden, die vor der Wahl versprochen wurden. Schwierig wird es für den Wähler, wenn die Parteien lediglich diffuse Standpunkte zu bestimmten Sachfragen einnehmen oder thematische Differenzen zwischen den Parteien für den Bürger nicht zu erkennen sind. Ein weiterer entscheidender Faktor kann auch die Struktur des politischen Systems sein. So ist es für Wähler, die durch ein Mehrparteiensystem und damit einhergehende Regierungskonstellationen vertreten werden, schwieriger, bestimmten Parteien bestimmte Policy-Resultate zuzuschreiben, als dies bei einem Zwei-Parteien-System der Fall wäre. Sachfragenorientiertes Stimmverhalten wird somit durch ein Mehrparteiensystem erschwert. (vgl. ebd., 230f.)

Zusammengefasst ist sachfragenorientiertes Wahlverhalten nicht selbstverständlich. Bedacht werden muss stets, dass der Begriff Sachfrage an

sich differenziert betrachtet werden muss und nicht jede Sachfrage bei allen Wählern die gleiche Wirkung im Wahlverhalten erzeugt. Der allgemeine Bedeutungszuwachs des sachfragenorientierten Wahlverhaltens bedingt hierbei die hohe Bedeutung der IO für die empirische Wahlforschung.

3. Empirische Analyse des Wahlergebnisses der Partei Bündnis 90/Die Grünen in Baden-Württemberg anhand der Determinanten des Ann-Arbor-Ansatzes

Abbildung 3 veranschaulicht, welche Determinante der Trias für die Wähler in Baden-Württemberg die wahlentscheidende war. Aus der Erhebung geht hervor, dass für mehr als die Hälfte aller Befragten (57%) die IO die einflussreichste Determinante für das Wahlergebnis war. Lediglich 22% gaben die PI und nur 16% die KO als wahlentscheidend an. Es erscheint daher sinnvoll, dieser Erhebung auf den folgenden Seiten Rechnung zu tragen und die einzelnen Determinanten entsprechend zu gewichten. Die IO wird daher bei der Analyse des empirischen Datenmaterials besonders ausführlich behandelt, um ein möglichst aussagekräftiges Fazit zum Wahlergebnis der Grünen mithilfe des Ann-Arbor-Ansatzes zu erzielen.

3.1 Empirische Analyse zur „Parteiidentifikation“

Die Forschungsgruppe Wahlen ermittelte vom 21. bis 24.03.2011 (also vor der Wahl) in Form einer telefonischen Umfrage die PI von 1454 Befragten. Hierbei verwendete das Forschungsinstitut das Konzept und die Messung, die bereits in Abschnitt 3.1.1 erläutert wurden. Die Fragestellung und der fünfstufige Index an Antwortmöglichkeiten basieren somit auf den theoretischen Ausführungen des oben genannten Kapitels. Abbildung 4 stellt die prozentuale Verteilung der PI aller Befragten auf die Parteien dar. Der fünfstufige Index an Antwortmöglichkeiten wird hierbei in zwei Kategorien zusammengefasst. Die Antwortmöglichkeiten „sehr stark“ und „stark“ stellen eine Kategorie dar, „mäßig“, „ziemlich schwach“ und „sehr schwach“ die andere Kategorie. Alle weiteren in diesem Kapitel vorgestellten Abbildungen basieren auf diesem Aufbau, wobei bei den nachfolgenden Abbildungen stets die PI als abhängige Variable mit anderen unabhängigen Variablen gekreuzt wird.

Ersichtlich wird anhand von Abbildung 4, dass sich insgesamt 30,3% mit der CDU identifizierten, 17,4% mit der SPD, 10,2% mit den Grünen, 2,4% mit der FDP und 1% mit den Linken. 32,9% gaben hingegen an, sich mit keiner der genannten Parteien zu identifizieren. Die restlichen 5,8% verweigerten zu dieser Frage die Aussage, wussten keine Antwort oder identifizierten sich mit einer bisher nicht genannten Partei. Die jeweiligen PI basieren auf unterschiedlichen Intensitäten. So setzt sich die PI der CDU zu 18,4% durch eine (sehr) starke Intensität und 11,9% mäßig bis schwache Intensität zusammen. In etwa die Hälfte der 17,4%, die sich mit der SPD identifizieren, geben eine (sehr) starke

Intensität ihrer PI mit der Partei an (8,9%), 8,5% hingegen eine mäßige bis schwache. Bei den Grünen ist die Intensität der PI im Vergleich zu den anderen Parteien sehr ausgeprägt. Von den 10,2% der sich mit den Grünen identifizierenden Befragten geben 7,6% an, eine (sehr) starke Intensität mit der Partei zu haben, lediglich 2,6% verweisen auf eine mäßige bis schwache Intensität. Bei der FDP und den Linken zeigen sich ähnliche Befunde wie bei der SPD. Die PI mit der FDP gliedert sich zur Hälfte in eine (sehr) starke bzw. mäßig bis schwache Intensität auf (jeweils 1,2%), bei der Linken in 0,6% ((sehr) stark) und 0,4% (mäßig bis schwach). Auffällig ist bei der Aufschlüsselung der PI nach Intensität, dass die Grünen im Verhältnis zu den anderen Parteien die PI mit der größten Intensität aufweisen. Vergleicht man die PI Werte der Parteien mit dem konkreten Wahlergebnis (siehe Abbildung 1), wird ersichtlich, dass jede Partei prozentual mehr Stimmen bekommen hat, als sich Menschen mit der Partei identifizieren. Dies spricht dafür, dass die Determinante PI alleine das Wahlergebnis nicht erklären kann, was die theoretischen Ausführungen der Wissenschaftler unterstreicht. Des Weiteren fällt auf, dass die Grünen die größte prozentuale Differenz zwischen PI und Wahlergebnis vorzuweisen haben. Dieser Befund spricht dafür, dass insbesondere die Grünen viele Wählerstimmen aus dem Lager der Befragten erhielten, die sich mit keiner Partei identifizierten.

Abbildung 5 stützt diese Schlussfolgerung. So werden in dieser Abbildung die bereits vorgestellten Daten der PI mit der unabhängigen Variable „Wahlabsicht“ gekreuzt. Hierbei wird erkennbar, dass von 1454 Befragten 272 Baden-Württemberger die Absicht hatten, die Grünen bei der Landtagswahl zu wählen, dies entspricht 18,7% aller Befragten. Die Wahlabsicht war dementsprechend deutlich höher als die PI mit den Grünen, jedoch bei dieser Erhebung geringer als das tatsächliche Wahlergebnis. Prozentual aufgeschlüsselt nach PI verteilten sich die 272 Befragten, die die Absicht äußerten, die Grünen zu wählen, wie folgt: 45,8% identifizierten sich zugleich mit den Grünen, 36,3% mit keiner Partei, 8,5% mit der SPD, 6,4% mit der CDU, 0,6% mit der FDP, 0,3% mit den Linken und 2,1% machten keine Angabe. Festgestellt werden kann daher, dass ein Großteil derjenigen, die die Absicht äußerten, die Grünen zu wählen, sich zugleich mit den Grünen oder gar keiner Partei identifizierten. Die Übrigen resultieren im Wesentlichen aus Befragten, die sich mit der CDU und der SPD nur mäßig bis schwach identifizierten. Betrachtet man die Intensität der PI, wird zudem ersichtlich, dass insgesamt mehr Befragte ohne PI die Absicht äußerten, die Grünen zu wählen, als Befragte, die eine (sehr) starke PI zu den Grünen hatten.

Die hohe Bedeutung für das Wahlergebnis der Grünen durch diejenigen, die sich mit keiner Partei identifizieren, wird auch erkennbar, wenn man Abbildung 5 mit Abbildung 6 in Kontext setzt. In dieser Abbildung wird unter anderem die PI mit der Variable „Landtagswahl 2006“ gekreuzt. Diese Variable stellt dar, für welche Partei die Befragten sich bei der letzten Landtagswahl 2006 in Baden-Württemberg entschieden haben. Vergleicht man nun die Variable „Wahlabsicht LTW“ aus Abbildung 5 mit der Variable „Landtagswahl 2006“ aus Abbildung 6, wird folgendes deutlich: diejenigen, die sich mit den Grünen identifizierten, stimmten prozentual bei der letzten Landtagswahl häufiger für die

Grünen (57,3%), als sie im Hinblick auf die Landtagswahl 2011 die Absicht äußerten (45,8%). Im Gegenzug wählten diejenigen, die sich mit keiner Partei identifizierten, 2006 seltener die Grünen (29,3%) als sie heute die Absicht äußerten, diese Partei wählen zu wollen (36,3%). Aus dieser Erkenntnis kann abgeleitet werden, dass der Einfluss der PI mit den Grünen für das Wahlergebnis im Vergleich zur Landtagswahl 2006 abgenommen hat, während der Einfluss der Befragten ohne PI für das Wahlergebnis der Grünen zugenommen hat.

Die erhobenen Daten, die in Abbildung 7 abgebildet sind, stellen einen Zusammenhang zwischen der PI und dem Alter der Befragten her. Ersichtlich wird hierbei, dass in der Tendenz mit zunehmendem Alter der prozentuale Anteil derjenigen zunimmt, die sich mit den Grünen identifizieren. Erst in der Altersgruppe von 50-59 Jahren nimmt der prozentuale Anteil der PI mit den Grünen wieder ab. Auffällig ist zudem, dass die PI mit den Grünen in der Altersgruppe zwischen 30 und 59 Jahren prozentual am höchsten ist. Betrachtet man die Verteilung der PI auf alle Parteien, kann festgehalten werden, dass die PI mit zunehmendem Alter in der Tendenz zunimmt. Je jünger die Befragten waren, desto geringer war die Identifikation mit einer Partei. So gab knapp die Hälfte der Befragten (49,3%) bis 24 Jahre an, sich mit keiner Partei zu identifizieren. Die Identifikation mit einer Partei nimmt dann in der Altersgruppe zwischen 25 und 39 Jahren kontinuierlich zu. Auffällig ist in diesem Kontext die Altersgruppe zwischen 40 und 49 Jahren, in der die PI wieder abnimmt. Überraschend ist dieser Wert insofern, weil in den nachfolgenden Altersgruppen die PI wieder zunimmt und in der Altersgruppe zwischen 60 Jahren und älter die Identifikation mit einer Partei am stärksten ausgeprägt ist. Im Sinne des Ann Arbor-Ansatzes ist dieser von der Tendenz her abweichende Wert nicht nachvollziehbar. Bei der Betrachtung der Intensität der PI nach Altersgruppen ist zudem auffällig, dass diejenigen der Befragten, die sich bereits im jungen Alter mit den Grünen identifizierten, im Vergleich zu den anderen Parteien bereits eine (sehr) starke Bindungsintensität zu der Partei aufgebaut haben.

Die telefonische Befragung durch die Forschungsgruppe Wahlen ermöglicht einige Erkenntnisse im Hinblick auf die PI mit den Grünen. Erstens ist die PI der Befragten in Bezug auf die Grünen im Verhältnis zu den anderen Parteien intensiv ausgeprägt. Setzt man jedoch die PI mit den Grünen ins Verhältnis zu ihrem konkreten Wahlergebnis, wird deutlich, dass die PI nicht den entscheidenden Einfluss auf das Wahlergebnis gehabt haben kann, da die prozentuale Differenz für diesen Rückschluss zu groß ist. Die PI-Werte der Grünen werden zudem dadurch relativiert, dass lediglich 45,8% derjenigen, die sich mit den Grünen identifizierten, auch die Absicht äußerten, die Grünen wählen zu wollen. Zweitens wird anhand der Daten erkennbar, dass die Lücke, die durch die prozentuale Differenz entsteht, maßgeblich durch diejenigen geschlossen wird, die sich mit keiner Partei identifizierten. So äußerte insbesondere diese Gruppe der Befragten die Absicht, die Grünen wählen zu wollen. Drittens offenbart der Vergleich mit der Landtagswahl 2006 die Besonderheit dieser Befunde. So wählten die Befragten ohne PI 2006 deutlich seltener die Grünen, als sie 2011 dazu die Absicht äußerten. Im Hinblick auf die PI setzt sich das Wahlergebnis der Grünen somit hauptsächlich durch Befragte

ohne PI und den Befragten zusammen, die sich mit den Grünen identifizierten. Viertens kann im Hinblick auf die Grünen festgestellt werden, dass die höchsten Werte der PI sich im mittleren Alterssegment befinden, der Wert der PI nur bei den über 60 jährigen deutlich abfällt und die Grünen im Vergleich zu den anderen Parteien bereits hohe PI-Werte unter den jungen Wählern haben, die zudem noch eine verhältnismäßig hohe Intensivität aufweisen.

Wendet man nun die empirischen Befunde der PI auf den Ann-Arbor-Ansatz an, ergibt sich ein differenziertes Bild. Dass sich die PI im Laufe des Lebens stabilisiert, kann mithilfe der vorliegenden Daten nicht einwandfrei festgestellt werden. Dies liegt insbesondere daran, dass in der Altersgruppe zwischen 40 und 49 Jahren die PI wieder abnimmt, also wieder mehr Befragte keine Parteibindung angeben. Dennoch wird die Tendenz ersichtlich, dass mit zunehmendem Alter auch der Anteil derjenigen zunimmt, die sich mit einer Partei identifizieren. Betrachtet man die PI mit den Grünen, ergibt sich ein anderer Befund. So haben die Grünen verhältnismäßig viele junge Wähler, die sich bereits mit der Partei (stark) identifizieren. Der prozentuale Wert derjenigen, die sich mit den Grünen identifizieren, nimmt bis zur Altersgruppe 40-49 zu, um dann wieder abzufallen. Die PI mit den Grünen verläuft also gegen die allgemeine Tendenz der PI. Daraus kann geschlossen werden, dass die Grünen bei ihren Wählern zwar eine verhältnismäßig frühe Parteibindung aufbauen können, die Parteibindung bei der älteren Generation aber auch wieder verloren geht. Denkbar ist in diesem Zusammenhang, dass die wenig ausgeprägte PI in der älteren Generation maßgeblich auf der Tatsache beruht, dass die Partei erst seit 31 Jahren besteht. In jedem Fall kann von einer stabilen PI mit den Grünen gesprochen werden, die die Altersgruppen zwischen 18 und 59 Jahren umfasst. Die Intensität der PI ist hierbei auch im Vergleich zu anderen Parteien durchweg hoch. Interessant wäre an dieser Stelle auch ein Vergleich der PI-Werte von 2006 mit denen von 2011 gewesen, um die Stabilität und Intensität der PI mit den Grünen über einen längeren Zeitraum hinweg analysieren zu können. Leider konnten solche empirischen Daten nicht zur Verfügung gestellt werden, sodass eine weitere Analyse nicht möglich ist. Des Weiteren muss festgehalten werden, dass der Einfluss der theoretisch analysierten „Filterwirkung“ der PI das Wahlergebnis der Grünen nicht in einem wesentlichen Maße beeinflusst haben kann, weil nur knapp die Hälfte der Befragten (45,8%), die die Absicht äußerten, die Grünen zu wählen, sich auch mit der Partei identifizierten. Lediglich dieser Teil der Befragten kann somit unter dem Einfluss der PI eine Wahlentscheidung zugunsten der Grünen getroffen haben. Vielmehr ist anzunehmen, dass die Grünen einen wesentlichen Teil ihrer Stimmen aus dem Lager der Befragten erhielten, die sich mit keiner Partei identifizierten. Bei diesen Befragten kann somit theoretisch keine „Filterung“ durch die PI stattgefunden haben, sodass hier die anderen beiden Determinanten für die Wahlentscheidung ausschlaggebend gewesen sein müssten. Eine mögliche Erklärung für die geringe PI mit den Grünen im Vergleich zum tatsächlichen Wahlergebnis kann aber unter anderem in den Ausführungen von Greene gefunden werden. Nach Greene kann sich die Parteiidentifikationsverteilung nur sehr langsam durch politische Ereignisse verändern (siehe Abschnitt 3.1.2). Geht man davon aus, dass unter anderem die

Atomkatastrophe von Fukushima das Wahlverhalten massiv zugunsten der Grünen beeinflusst hat (siehe Abschnitt 4.3.2.1), ist es nach Greene theoretisch erklärbar, dass die kurz danach gemessenen PI-Werte der Grünen nicht im gleichen Maße angestiegen sind. Hauptsächlich, weil sich nach Greene die Parteiidentifikationsverteilung nur langsam verändert und plötzliche, massiv auftretende Veränderungen bei der PI unwahrscheinlich sind. Denkbar ist allerdings auch, dass die Parteiidentifikationsverteilung sich gar nicht verändert, sondern die Differenz zwischen PI und dem Wahlergebnis lediglich ein Resultat von kurzfristigen Einflüssen ist (siehe Abschnitt 4.3.2), die aber keine langfristige Veränderung der Verteilung der PI bewirkt. Dafür spricht, dass in Deutschland ein vergleichsweise homogenes politisches und soziales Umfeld vorherrscht, somit gute Voraussetzungen für eine stabile PI vorliegen.

Weitere theoretische Ausführungen sind mithilfe des vorliegenden empirischen Datenmaterials nicht möglich. Inwiefern die Befragten die angegebene PI erworben haben, wird durch die erhobenen Daten nicht ersichtlich. In jedem Fall muss die Aussagekraft der hier vorgestellten Analyseergebnisse im Kontext der vier Einwände aus Kapitel 3.1.1 betrachtet werden.

3.2 Empirische Analyse zur „Kandidatenorientierung“

Wie bereits in Abschnitt 3.2.1 angedeutet wurde, muss das ursprüngliche Konzept des Ann-Arbor-Ansatzes für die Anwendung auf die Landtagswahl 2011 in Baden-Württemberg modifiziert werden. Da bei dieser Wahl kein (Präsidentschafts-)Kandidat direkt gewählt wurde, muss bei der Analyse der KO im Hinblick auf das Wahlergebnis der Grünen der Fokus auf den Spitzenkandidaten der Partei gelegt werden. In diesem Fall war dies Winfried Kretschmann, sodass hauptsächlich Erhebungen herangezogen werden, die im Vorfeld der Wahlen zur Person Kretschmann erhoben wurden.

Die Unterscheidung zwischen politischen und persönlichen Eigenschaften von Kandidaten wird bei der Erhebung der KO in Abbildung 8 angewandt (siehe Abschnitt 3.2.1). So wurden die Befragten sowohl nach Führungsstärke und Wirtschaftskompetenz (politische Eigenschaften), als auch nach Sympathie und Glaubwürdigkeit (persönliche Eigenschaften) der Spitzenkandidaten befragt. Abbildung 8 stellt hierbei einen Vergleich zwischen Stefan Mappus (Spitzenkandidat der CDU) und Winfried Kretschmann dar. Offensichtlich wird bei diesem Vergleich, dass Mappus bei den politischen Merkmalen deutlich besser abschneidet, während Kretschmann bei den persönlichen Merkmalen mehr Zustimmung von den Wählern erfährt. Kretschmann kommt somit allgemein sympathischer bei den Wählern an und vertritt seine politischen Standpunkte glaubwürdiger als Mappus. Dem CDU Spitzenkandidat wird hingegen deutlich eher zugetraut, das Land als Ministerpräsident führen zu können und im Hinblick auf wirtschaftliche Sachfragen kompetenter als Kretschmann zu sein. Festzuhalten bleibt somit, dass Kretschmanns Charaktereigenschaften von den Befragten mehrheitlich positiv aufgefasst werden. Dies kann als positiver Faktor für die KO im Hinblick auf Kretschmann

verstanden werden, da sich die KO im Wesentlichen aus zwei Einstellungen des Wählers zusammensetzt und eine der Einstellungen die Charaktereigenschaften des Kandidaten betrifft.

Die zweite Einstellung basiert auf der Bewertung der aktuellen politischen Arbeit der Kandidaten. Inwiefern die Befragten mit der aktuellen politischen Arbeit der Spitzenkandidaten zufrieden sind, veranschaulicht Abbildung 9. Kretschmann erzielt hierbei die größten Zufriedenheitswerte (44%), dicht gefolgt von Nils Schmid (Spitzenkandidat der SPD) mit 42%. Nur 33% sind hingegen mit der politischen Arbeit von Mappus zufrieden, Ulrich Goll (Spitzenkandidat der FDP) erzielt bei dieser Umfrage lediglich 29%. Diese Erhebung verdeutlicht, dass die Befragten mit der politischen Arbeit der damaligen Oppositionsführer deutlich zufriedener waren als mit der politischen Arbeit des damals noch amtierenden Regierungschefs und dessen Stellvertreter.

Kretschmann erzielt somit hohe Werte bei beiden Einstellungen, die für die Zusammensetzung der KO maßgeblich sind. Inwiefern die beiden Einstellungstypen allerdings unterschiedlich stark zu der KO beigetragen haben und durch welche Faktoren (z.B. Medienkonsum der Befragten und Image des Kandidaten in den Medien) die hohen Werte Kretschmanns zustande kommen, kann mithilfe des vorliegenden Datenmaterials nicht beantwortet werden. Die im Sinne des Ann-Arbor-Ansatzes theoretisch logische Konsequenz ist dennoch in Abbildung 10 ersichtlich. So wurden hier die Baden-Württemberger gefragt, für welchen Spitzenkandidaten sie sich entscheiden würden, wenn sie ihn direkt wählen könnten. Den Vergleich Mappus/Kretschmann konnte der Spitzenkandidat der Grünen mit 47% für sich entscheiden. Mappus erzielte hingegen 42% der Stimmen. In Abschnitt 3.2.3 wurde bereits darauf hingewiesen, dass kandidatenorientiertes Wahlverhalten auch vom institutionellen System abhängig ist. Mithilfe dieser Umfrage wurde durch das Forschungsinstitut der Versuch unternommen, nur den Effekt der KO zu messen, indem eine hypothetisch vorhandene Direktwahl eingeführt wird. Kretschmann schneidet insgesamt bei den bisher analysierten Abbildungen somit im Hinblick auf die KO positiv ab.

Dennoch muss an dieser Stelle berücksichtigt werden, dass sich die Analyse bislang im Wesentlichen auf den Vergleich Mappus/Kretschmann beschränkte. Obwohl die herangezogene empirische Datenbasis von Infratest dimap keinen Direktvergleich Schmid/Kretschmann zur Verfügung stellt, weisen die Vergleiche Mappus/Schmid darauf hin, dass Schmid ähnlich positive Werte bei der KO verzeichnen kann wie Kretschmann (siehe Abbildung 11 und Abbildung 12). Interessant wäre insofern ein Vergleich Schmid/Kretschmann gewesen. Ohne empirisches Material vorweisen zu können, ist zumindest in Erwägung zu ziehen, dass dieser Vergleich möglicherweise die allgemein positive Tendenz Kretschmanns bei der KO relativiert hätte.

Ordnet man nun die Relevanz der KO für das Wahlergebnis der Grünen in Baden-Württemberg ein, ergibt sich ein differenziertes Bild. Hierfür spricht insbesondere Abbildung 13. Dort wird der Kandidatenfaktor veranschaulicht, den die jeweiligen Spitzenkandidaten für sich verzeichnen konnten. Dieser Faktor

stellt den Kandidateneffekt für den jeweiligen Befragten dar. So entschieden sich 22% der Befragten für die CDU, weil sie vom Kandidaten Mappus überzeugt waren. Für 17% der SPD Wähler war hingegen der Spitzenkandidat Schmid der ausschlaggebende Faktor für ihre Wahlentscheidung. Die FDP wählten 15% aufgrund ihres Kandidaten Goll und lediglich 7% wählten die Grünen, weil ihnen der Kandidat Kretschmann zusagte. Kombiniert man diese Erhebung mit der Abbildung 3, ergibt sich das oben genannte differenzierte Bild. Für die Befragten allgemein war von den drei Determinanten die KO diejenige, die am wenigsten Einfluss auf die Wahlentscheidung hatte. Lediglich 16% trafen ihre Wahlentscheidung aufgrund des Spitzenkandidaten der jeweiligen Partei. Obwohl Kretschmann insgesamt positive Werte im Hinblick auf die KO erzielen konnte, wählten lediglich 7% die Grünen aufgrund des Spitzenkandidaten. Im Hinblick auf das Wahlergebnis der Grünen muss daher insgesamt von einem verhältnismäßig geringen Effekt der KO ausgegangen werden.

Zudem ist an dieser Stelle nochmals auf die Schwierigkeiten bei der empirischen Erhebung der KO einzugehen. Die auch im Ann-Arbor-Ansatz angedachte Unterscheidung von politischen und persönlichen Merkmalen wurde durch Infratest dimap in Form der Fragestellung aufgegriffen und auch empirisch erhoben. Ebenfalls empirisch nachvollziehbar dargelegt werden konnte, inwiefern die Befragten einerseits die Kandidaten persönlich einschätzen, andererseits mit der politischen Arbeit der Kandidaten zufrieden sind. Die Entstehung und Zusammensetzung der KO nach dem Ann-Arbor-Ansatz konnte somit auch empirisch nachvollzogen werden. Es wurde zudem der Versuch unternommen, den Kandidateneffekt möglichst isoliert zu messen, indem man eine hypothetische Direktwahl in den Fragenpool aufnahm. Nichtsdestotrotz muss berücksichtigt werden, dass anhand des empirischen Datenmaterials nicht nachvollzogen werden kann, inwiefern die anderen Determinanten, insbesondere die PI, die Sichtweise auf die KO beeinflusst hat. Des Weiteren kann in Abbildung 13 nicht nachvollzogen werden, welche Wählergruppen zu den 7% zählen, also zu kandidatenorientiertem Wahlverhalten neigen. Theoretisch spricht vieles dafür, dass die 7% hauptsächlich Befragte sein müssten, die sich mit keiner Partei identifizieren. An dieser Stelle begrenzt das empirische Datenmaterial die theoretischen Möglichkeiten des Ann-Arbor-Ansatzes, was eine tiefere Analyse verhindert.

Letztendlich kann sowohl theoretisch (siehe Abschnitt 3.2.3) als auch empirisch davon ausgegangen werden, dass die Wirkung der KO auf das Wahlergebnis der Grünen bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg 2011 verhältnismäßig gering ausgefallen ist.

3.3 Empirische Analyse zur „Issue-Orientierung“

Mehr als die Hälfte der Befragten orientierten sich bei ihrer Wahlentscheidung an Sachfragen, zu denen die Parteien unterschiedliche Standpunkte vertreten (siehe Abbildung 3). Für diesen Teil der Befragten war es dementsprechend besonders wichtig, mit ihrer Wahlentscheidung den inhaltlichen, politischen Weg der zukünftigen Regierung zu beeinflussen. Dieser

Wert ist insofern nicht überraschend, weil die Forschung bereits vor einigen Jahren einen stetigen Bedeutungszuwachs des sachfrageorientierten Wahlverhaltens festgestellt hat. Wie bereits in Abschnitt 3.3.2 erwähnt, hängt dies maßgeblich mit dem allgemein stetig höher werdenden Bildungsgrad der Gesellschaft und der zunehmende Anzahl von Bürgern zusammen, die sich mit keiner Partei mehr identifizieren können. Des Weiteren ist die Wechselstimmung vor der Landtagswahl anzuführen. Abbildung 14 veranschaulicht mithilfe eines Zeitstrahls, dass die Zufriedenheitswerte der Baden-Württemberger mit der schwarz-gelben Landesregierung von 2001 bis 2011 stetig gesunken sind. Während 2001 die Bürger noch zu 66% mit der politischen Arbeit zufrieden waren, waren es 2006 lediglich noch 58% und kurz vor der Wahl 2011 nur noch 41%. Die Konsequenz veranschaulicht Abbildung 15. Anhand dieser Erhebung wird deutlich, dass 59% der Befragten vor der Wahl für einen Regierungswechsel waren. Diese Wechselstimmung verdeutlicht, dass die Baden-Württemberger mehrheitlich willens waren, durch ihre Stimmabgabe der neuen Landesregierung den Auftrag zu geben, einen anderen inhaltlichen, politischen Weg zu beschreiten.

3.3.1 Theoretischer Rahmen der empirischen Analyse

Wie bereits am Ende des Abschnitts 3.3.1 deutlich wurde, setzt das Konzept der IO im Ann-Arbor-Ansatz detaillierte Befragungen voraus. Diese können durch das vorliegende empirische Datenmaterial nur eingeschränkt erfüllt werden. Die Analyse der IO kann daher nicht in dem Maßstab erfolgen, wie es das Konzept der IO theoretisch ermöglichen würde. Damit geht einher, dass die Analyse verhältnismäßig oberflächlich bleibt. Sie wird sich darauf beschränken, Themenbereiche zu nennen, die für die Mehrheit der Grünen-Wähler in Baden-Württemberg wahlentscheidend gewesen sind. Im weiteren Verlauf wird dann der Versuch unternommen, aus diesen Themenbereichen konkrete Sachfragen herauszustellen. Diese werden dann, sofern es das empirische Datenmaterial erlaubt, mithilfe des Konzepts der IO analysiert.

3.3.2 Empirische Befunde zum Wahlergebnis

Um das inhaltliche Spektrum der IO bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg abzustecken, ist die Abbildung 16 hilfreich. Betrachtet man nun diese Erhebung, wird ersichtlich, dass diejenigen, die sich für die Grünen bei der Wahl entschieden haben, mit großem Abstand die Umwelt- und Energiepolitik als wichtigstes Themenfeld wahrgenommen haben (86%). Die soziale Gerechtigkeit (25%), Stuttgart 21 (24%) und die Bildungspolitik (22%) folgen als wahlentscheidendes Thema unter der Grünen Wählerschaft mit großem Abstand hinter der Energie- und Umweltpolitik. Sehr ähnliche Werte konnten die Grünen bei ihren Wählern erzielen, die bei der letzten Landtagswahl 2006 noch eine andere Partei wählten (siehe Abbildung 17). Sowohl für die neuen als auch die alten Grünen-Wähler war die Umwelt- und Energiepolitik somit das für ihre

Wahlentscheidung herausragende Thema bei der Landtagswahl 2011 in Baden-Württemberg.

Um analysieren zu können, inwiefern die IO das Wahlergebnis der Grünen beeinflusst hat, wird das Hauptaugenmerk auf die vier genannten Themenbereiche gelegt. In der Folge können jedoch lediglich zwei der vier Themenbereiche vertieft besprochen werden. Dies hängt maßgeblich damit zusammen, dass „soziale Gerechtigkeit“ ein politisches Schlagwort ist, unter dem jeder Befragte etwas anderes versteht. „Gerechtigkeit ist keine objektive, messbare Größe. Was gerecht ist und was nicht, liegt im Auge des Betrachters bzw. an den Maßstäben, die er oder sie anlegt.“ (Piepenbrink 2009, 2). Aufgrund dessen ist die bloße Feststellung, dass „soziale Gerechtigkeit“ wahlentscheidend war, für eine weitere Verwendung bei der Analyse der IO ungeeignet. Hierzu hätten Befragungen vorliegen müssen, was konkret jeder Einzelne der Befragten unter dem Begriff versteht, um den Begriff für die Analyse handhabbar zu machen. Mangels entsprechender Erhebungen und der Komplexität des Begriffs an sich kann daher die „soziale Gerechtigkeit“ nicht auf konkrete Sachfragen bezogen werden. Ähnlich verhält es sich mit dem Themenbereich Bildungspolitik. Vor der Landtagswahl stand eine Vielzahl bildungspolitischer Themen zur Diskussion. So wurde zwischen den Parteien debattiert, ob das letzte Kindergartenjahr verpflichtend eingeführt oder die Hauptschule beziehungsweise die Studiengebühren für das Erststudium abgeschafft werden sollen. Für die weitere Analyse der IO im Hinblick auf die Bildungspolitik wäre empirisches Material nötig gewesen, das konkret zu diesen einzelnen Sachfragen Meinungsbilder der Baden-Württemberger erfasst. Da dieses empirische Datenmaterial nicht vorliegt, muss auch hier von einer weiteren Analyse abgesehen werden. Aufgrund dessen beschränkt sich die Analyse der IO auf die Themenbereiche Energie- und Umweltpolitik sowie Stuttgart 21. Der Themenbereich Energie- und Umweltpolitik wird hierbei auf die Sachfrage Atomkraft reduziert, da nur hierzu empirisches Material erhoben wurde und davon ausgegangen werden kann, dass diese Sachfrage zum Zeitpunkt der Wahl diesen Themenbereich geprägt hat.

3.3.2.1 Energie- und Umweltpolitik

Im Hinblick auf den Themenbereich Energie- und Umweltpolitik stand vor der Wahl insbesondere das Thema Atomkraft im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte und wurde durch die Reaktorkatastrophe in Fukushima ausgelöst. Obwohl diese Thematik im Wesentlichen in den bundespolitischen Zuständigkeitsbereich fällt, hatte sie auch massive Auswirkungen auf die Landtagswahl in Baden-Württemberg. Sowohl für alle Befragten als auch unter den Grünen-Wählern war dieser Themenbereich der für das sachfragenorientierte Wahlverhalten mit großem Abstand wichtigste Faktor. Die zeitliche Nähe zwischen der Katastrophe in Fukushima und der Landtagswahl (lediglich 15 Tage) setzte das Thema Atompolitik schlagartig an die Spitze der politischen Agenda. Dies veranschaulicht insbesondere Abbildung 18. Als „wichtigstes Problem im Land“ wurde nun die Atom- und Umweltpolitik (47%)

wahrgenommen, gefolgt von der Bildung (34%) und der Arbeitslosigkeit (17%). Interessant ist in diesem Kontext der Vergleich zu 2006. Damals empfanden die Befragten lediglich zu 7% die Atom- und Umweltpolitik als wichtigstes Problem. Der Zuwachs von 40% veranschaulicht deutlich, inwiefern die Katastrophe von Fukushima das Meinungsbild im Hinblick auf die Atomenergie verändert beziehungsweise ein neues Bewusstsein für die Thematik geschaffen hat. Dieses neue Bewusstsein spiegelt sich auch in dem mehrheitlichen Wunsch (71%) der Baden-Württemberger wider, anders als ursprünglich von der schwarz-gelben Bundesregierung beschlossen, bereits um das Jahr 2020 herum die Nutzung der Atomkraftwerke (AKW) zu beenden (siehe Abbildung 19). Für einen Fortbestand der AKW-Nutzung bis ca. 2040 sprachen sich hingegen nur noch 13% aus. Abbildung 20 schlüsselt dieses Meinungsbild nach Parteien auf. So waren 79% der Grünen-Wähler und 78% der SPD-Wähler für einen Ausstieg aus der Atomkraft. Selbst die Parteien, die jahrelang gegen einen Atomausstieg um das Jahr 2020 herum waren, konnten nun keine Mehrheit mehr bei der eigenen Wählerklientel finden. Unter den CDU-Wählern stimmten 66% für einen vorzeitigen Ausstieg, unter den FDP-Wählern immerhin noch 59%. So stimmten auch 77% aller Befragten der Aussage zu, die CDU und die FDP hätten beim Thema Atomkraft lange Zeit die Sorgen der Bürger nicht ernst genommen (siehe Abbildung 21).

Auf Druck der Mehrheitsmeinung und auf Basis neuer Erkenntnisse im Hinblick auf die Gefahren der Atomkraft beschloss die schwarz-gelbe Bundesregierung zeitnah den vorzeitigen Ausstieg. Im Zuge dessen wurde beschlossen, die sieben ältesten Atomkraftwerke zunächst abzustellen. Das Land Baden-Württemberg war hiervon mit zwei Atomkraftwerken betroffen. Mehr als die Hälfte der Befragten empfanden diese Maßnahme als angemessen (52%), 31% wünschten sich sogar die Abschaltung aller vier in Baden-Württemberg befindlichen Atomkraftwerke und nur 15% hielten diese Maßnahme für übertrieben (siehe Abbildung 22). Lediglich 20% empfanden die Maßnahmen der Bundesregierung hierbei als glaubwürdig, 78% hielten den Kurswechsel für ein reines Wahlkampfmanöver (Abbildung 23). Unterstrichen wird durch diese Erhebungen, dass die Atompolitik Deutschlands trotz des bundespolitischen Zuständigkeitsbereichs massive Auswirkungen auf die Landtagswahl hatte und auch zu Konsequenzen innerhalb des Landes führten, die von der Bevölkerungsmehrheit getragen wurden (Abschaltung von zwei Atomkraftwerken).

Nachdem nun dargestellt werden konnte, inwiefern sich die Einstellung zur Atomkraft innerhalb des Landes verändert hat, muss untersucht werden, inwiefern das Wahlergebnis der Grünen durch diesen Meinungsumschwung beeinflusst wurde. Nachdem bereits die Relevanz dieser Thematik für die Grünen Wähler durch Abbildung 16 und 17 herausgestellt werden konnte, ist zu hinterfragen, warum insbesondere die Grünen bei der Umwelt- und Atompolitik so hohe Werte erzielen. Dies liegt an den Kompetenzen, die dieser Partei zugeschrieben werden. So steht diese Partei bei 69% aller Befragten für eine gute Umweltpolitik (siehe Abbildung 24). Diese Auffassung vertreten im Vergleich zum Jahr 2006 heute 11% mehr der Befragten. Dies kann insbesondere damit

begründet werden, dass die Partei sich unter anderem aus einer Anti-Atomkraft Bewegung formiert hat, die seit Jahrzehnten auf die Gefahren der Atomkraft hinweist und politisch für einen frühestmöglichen Ausstiegszeitpunkt eingetreten ist. Das nach der Katastrophe in Fukushima eingetretene neue Bewusstsein für die Gefahren der Atomkraft hat hierbei dazu geführt, dass sich viele der Baden-Württemberger mit der Energiepolitik der Grünen identifizieren konnten. So stimmten in einer Umfrage 61% der Befragten der Aussage zu: „Die Grünen haben die Risiken der Kernkraft besser eingeschätzt als andere Parteien“ (siehe Abbildung 21). Abbildung 25 veranschaulicht, dass 59% der Befragten daher auch davon überzeugt waren, dass ein „echter Kurswechsel in der Atompolitik“ nur mit den Grünen möglich sei. In Bezug auf die Atomkraft kann die Partei demnach hohe Glaubwürdigkeitswerte erzielen, ganz im Gegensatz zur damalig amtierenden schwarz-gelben Landesregierung (siehe Abbildung 23). Da insbesondere die Energie- und Umweltpolitik das für die Wahlentscheidung relevanteste Thema war, erscheint es folgerichtig, dass sich in diesem Kontext 68% eine Regierungsbeteiligung der Grünen wünschten (siehe Abbildung 25).

Empirisch betrachtet muss somit der Energie- und Umweltpolitik ein hoher Einfluss auf das Wahlergebnis der Grünen zugeschrieben werden. Dies hat mehrere Gründe. Zum einen war die IO die wahlentscheidende Determinante. Gliedert man die IO in wahlentscheidende Themen auf, nimmt die Energie- und Umweltpolitik hierbei eine herausragende Stellung ein. Sie wurde von den Befragten als „wichtigstes Problem im Land“ wahrgenommen. Konkretisiert man dieses Themenfeld, ist hier die Atompolitik von besonderer Bedeutung. Da die Grünen wie keine andere Partei im Hinblick auf die Atompolitik hohe Zustimmungswerte in den Umfragen erzielen, muss letztendlich davon ausgegangen werden, dass insbesondere deswegen die Grünen bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg ein historisch hohes Wahlergebnis erzielten.

Im Sinne des Ann-Arbor-Ansatzes betrachtet ist die Analyse der empirischen Befunde schwierig. Das Typologisieren der inhaltlichen und zeitlichen Dimension ist nicht einfach. Gleichwohl seit Jahrzehnten die Debatte um die Kernkraft in Deutschland ein klassisches „Positionsissue“ (siehe Abschnitt 3.3.1) darstellt, hat sich seit der Reaktorkatastrophe in Fukushima vom 12.03.2011 die Thematik in der öffentlichen Debatte verändert. Viele ehemalige Atomkraft-Befürworter wandten sich nach den Geschehnissen in Fukushima von dieser Technik ab, sodass sich diese strittige Sachfrage innerhalb kürzester Zeit auf der inhaltlichen Dimension zu einem „Valenzissue“ entwickelte (siehe Abbildung 19). Dieser Faktor kann zudem als Erklärung dienen, warum die Atompolitik zum herausragenden Faktor im Hinblick auf die IO wurde. So ist es für die Wähler nach Campbell einfacher, zu „Valenzissues“ Stellung zu beziehen, als zu komplexen, spezifischen Sachfragen. Campbell folgert daraus, dass sich „Valenzissues“ tendenziell stärker auf das Wahlverhalten auswirken als „Positionsissues“. Eine Einordnung des Themas auf der zeitlichen Dimension (siehe Abschnitt 3.3.1) kann anhand des vorliegenden empirischen Datenmaterials nur unzureichend (empirisch begründet) erfolgen. Denkbar ist, dass die Wähler retrospektiv wählten, weil die Thematik um die Atomkraft und

die damit einhergehenden Sorgen von der damaligen Landesregierung nur unzureichend aufgegriffen wurden. Die Baden-Württemberger hätten dann die schwarz-gelbe Landesregierung durch ihr Stimmverhalten bestraft, indem sie ihr das Vertrauen im Hinblick auf die Handhabung mit der Atomkraft absprechen. Für diese Variante spricht insbesondere die Wechselstimmung vor der Landtagswahl und Abbildung 23. Denkbar ist allerdings auch, dass die Baden-Württemberger prospektiv wählten, somit durch ihr Stimmverhalten insbesondere den Grünen den Regierungsauftrag geben wollten, im Hinblick auf die Atomkraft eine politische Wende einzuleiten. Hierfür würde insbesondere Abbildung 24 sprechen. Die größte Erklärleistung erzielt man, wenn man beide Varianten nicht wechselseitig zueinander ausschließt. In diesem Sinne hat sich das Thema Atomkraft durch die Katastrophe von Fukushima von einem Position- zu einem Valenzissue gewandelt und animierte einige Wähler zu einem prospektiven, andere Wähler zu einem retrospektiven Wahlverhalten. Da der Atompolitik empirisch somit keine konkrete Issue-Typologie zugeordnet werden kann, muss davon ausgegangen werden, dass sowohl leistungsbezogenes als auch positionsbezogenes Wahlverhalten im Hinblick auf diese Sachfrage stattgefunden hat. Bei dem positionsbezogenen Wahlverhalten sind sowohl das Distanzmodell als auch das Richtungsmodell nach Rabinowitz als Analyseinstrument denkbar (siehe Abschnitt 3.3.2). Theoretisch spricht aufgrund der herausgehobenen Bedeutung dieser Thematik für die Landtagswahl vieles dafür, die Atompolitik als retrospektive, leistungsbezogene Sachfrage einzustufen, da gemäß dem Ann-Arbor-Ansatz insbesondere dieser Typus von Sachfragen einen größeren Einfluss auf sachfragenorientiertes Wahlverhalten hat.

Die drei von den Forschern aus Ann-Arbor genannten konkreten Bedingungen, die erfüllt sein müssen, damit die IO sich überhaupt im Wahlverhalten niederschlagen kann, können hingegen empirisch belegt werden. Dass das Thema Atompolitik auf der politischen Agenda wahrgenommen wurde und den Wählern bedeutungsvoll erschien, veranschaulicht Abbildung 18. Insbesondere die Katastrophe in Fukushima hat zur Erfüllung dieser Bedingung beigetragen, gleichwohl auch andere Faktoren wie der Einfluss politischer Eliten bei der Setzung des Themas auf die politische Agenda nicht unterschätzt werden darf. So war die Debatte um die Atomkraft auch vor der Katastrophe in Fukushima eine Sachfrage, die insbesondere durch die Grünen im Wahlkampf stets positioniert wurde. Ebenfalls bezogen die Wähler zu dieser Sachfrage eine eigene Position (siehe Abbildung 19). Begünstigt wurde dies sicherlich auch dadurch, dass die Atomkraftdebatte seit Jahrzehnten öffentlich geführt wird und somit sich jeder Wähler ohne hohe Informationskosten ein Meinungsbild schaffen konnte. Das Differenzen zwischen den einzelnen Parteien im Hinblick auf die Atompolitik durch den Wähler festgestellt wurden, impliziert unter anderem die Abbildung 21. Das hierbei insbesondere die Grünen hohe Kompetenzwerte verzeichnen können, hängt sicherlich auch mit der Themenschwerpunktsetzung ihres Parteiprogrammes zusammen. So vertritt die Partei seit Jahrzehnten einen klaren Standpunkt im Hinblick auf die Atompolitik, was den Baden-Württembergern als Orientierungsfunktion bei der Wahl diente.

Insgesamt betrachtet waren demnach die theoretischen Voraussetzungen für sachfragenorientiertes Wahlverhalten bezüglich der Atompolitik gegeben. Sowohl empirisch als auch theoretisch muss der Debatte um die Atomkraft somit ein entscheidender Einfluss auf das sachfragenorientierte Wahlverhalten eingeräumt werden.

3.3.2.2 Stuttgart 21

Unter allen Befragten spielte ein halbes Jahr vor der Landtagswahl das Projekt Stuttgart 21 für 53% eine „wichtige Rolle“, für 27% eine „entscheidende Rolle“ und für lediglich 15% hingegen „keine besondere Rolle“ für ihre Wahlentscheidung (siehe Abbildung 26). Für 24% der Grünen-Wähler allgemein und für 25% der neuen Grünen-Wähler war das Bahnprojekt in Stuttgart ein wahlentscheidendes Thema. (siehe Abbildung 16 und 17) Bei diesem Thema geht es um den Bahnhof in Stuttgart, der nach jahrelanger Planung von einem Kopfbahnhof in einen Tiefbahnhof umgebaut werden soll. Das Projekt geriet mit Beginn der Umbaumaßnahmen massiv in die Kritik, im Wesentlichen aus finanziellen und ökologischen Gründen. Aufgrund dessen kam es zu Großdemonstrationen in Baden-Württemberg mit dem Ziel, das Bahnprojekt noch zu stoppen. Während die SPD, die CDU und die FDP sich gegen einen Baustopp aussprachen, waren die Grünen und die Linke für diesen. Abbildung 27 spiegelt hierbei die geteilte Meinung der Baden-Württemberger bezüglich des Projektes wider. Während 48% Stuttgart 21 vor der Wahl für richtig hielten, waren 44% der Befragten gegen das Projekt. Der Zeitverlauf in Abbildung 28, der das Meinungsbild bezüglich des Projektes von September 2010 bis März 2011 darstellt, weist stets auf ein geteiltes Meinungsbild hin. Während im September 2010 noch eine Mehrheit von 54% gegen das Projekt war, stimmte im Dezember hingegen die Mehrheit von 54% für Stuttgart 21. Schlüsselt man anhand der Abbildung 29 die pro und contra Stimmen nach Parteianhängern auf, wird ersichtlich, dass sich die Parteianhänger der Grünen (66%) und der Linken (63%) gegen das Bahnprojekt aussprachen. Die Parteien, die sich für einen Baustopp des Projekts politisch engagierten, vertraten somit unter ihren Parteianhängern eine Meinungsmehrheit. Gleiches gilt für CDU (83%), FDP (70%) und SPD (52%), die sich politisch für einen Weiterbau des Bahnhofs aussprachen und somit ebenfalls unter ihren Parteianhängern die Meinungsmehrheit vertraten. Berücksichtigt werden muss bei dieser Darstellung allerdings, dass die Erhebung im Dezember 2010 stattfand und sie somit nicht das konkrete Meinungsbild kurz vor der Landtagswahl widerspiegelt.

Empirisch festgehalten werden kann mithilfe der Abbildungen, dass zwar kurz vor der Wahl eine knappe Mehrheit für den Weiterbau des Tiefbahnhofs war, das Projekt an sich aber bei den Befragten äußerst umstritten war. Weil es für etwa $\frac{1}{4}$ aller Grünen-Wähler ein wahlentscheidendes Thema war, ist in diesem Kontext denkbar, dass die Grünen von diesem umstrittenen Projekt profitiert haben, indem sie als einzige Partei mit Aussicht auf zukünftige Regierungsbeteiligung gegen das Bahnprojekt war. So ist wahrscheinlich, dass viele Projektgegner mit der Wahl der Grünen die Hoffnung verbunden

haben, das Projekt bei einer Regierungsbeteiligung der Partei politisch noch verhindern zu können. Dafür spricht die hohe Anzahl an Projektgegnern unter den Parteianhängern der Grünen (siehe Abbildung 29).

Die theoretische Analyse ist durch die spärliche Datenbasis beschränkt. Im Hinblick auf die zeitliche Dimension ist festzuhalten, dass die Wähler prospektiv wählten, da es sich bei Stuttgart 21 um ein zukünftiges Projekt handelt. Die Wähler können demnach nicht retrospektiv ihre Wahlentscheidung getroffen haben. In Bezug auf die inhaltliche Dimension veranschaulicht die Abbildung 28, dass es sich bei dem Bahnhofprojekt um ein „Positionsissue“ handelt. Es gibt also keine deutliche Meinungsmehrheit innerhalb der Bevölkerung bezüglich des Projekts. Auch bei diesem Thema können die drei Bedingungen für sachfragenorientiertes Wahlverhalten als gegeben angesehen werden. Stuttgart 21 wurde auf der politischen Agenda durch die Grünen-Wähler wahrgenommen und als bedeutungsvoll deklariert (siehe Abbildungen 16 und 17). Ebenfalls feststellbar waren für die Befragten parteipolitische Differenzen im Hinblick auf das Bahnprojekts. Dies kann zumindest durch Abbildung 29 angenommen werden.

Festgehalten werden kann daher, dass das Bahnprojekts in Stuttgart neben der Energiepolitik des Landes einen entscheidenden Einfluss auf das Wahlergebnis der Grünen genommen hat. Insbesondere, weil sich in dieser Sachfrage die Grünen als einzige Partei mit realistischen Regierungschancen gegen das Projekt aussprachen und kurz vor der Wahl die Meinung von 44% der Wahlberechtigten vertraten (siehe Abbildung 27).

3.3.3 Kritische Diskussion der Ergebnisse zur „Issue-Orientierung“

Die in diesem Abschnitt gemachten theoretischen Ausführungen bedürfen im Hinblick auf das Konzept der IO einiger allgemeiner theoretischer Anmerkungen. Zu berücksichtigen ist unter anderem die Tatsache, dass nicht für alle Befragten die gleichen Sachfragen von Bedeutung sind. So drücken unterschiedliche Wählersegmente durch ihre Stimmabgabe stets spezifische Interessenschwerpunkte aus (siehe Abschnitt 3.3.2). Gleichwohl in diesem Kapitel festgestellt wurde, dass die Debatte um die AKW-Nutzung bei der IO der herausragende Faktor war, muss berücksichtigt werden, dass einige sachfragenorientierte Wähler aufgrund von Sachfragen eine bestimmte Partei gewählt haben, die in diesem Kapitel keine Erwähnung fanden. Zudem wirkt nicht jede Sachfrage gleich auf die Wähler und dessen Wahlverhalten ein. Hinterfragt werden muss außerdem, inwiefern sich der Einfluss des politischen Systems auf die IO ausgewirkt hat, da nach Campbell durch ein Mehrparteiensystem das sachfragenorientierte Wahlverhalten erschwert wird (siehe Abschnitt 3.3.2).

Festgehalten werden kann daher, dass obwohl die IO die vermeintlich wahlentscheidende Determinante für das Wahlergebnis war, sachfragenorientiertes Wahlverhalten durch viele Faktoren beeinflusst wird, die in dieser Arbeit keine Berücksichtigung fanden. Hauptsächlich, weil die

vorliegende empirische Datenbasis eine tiefergehende Analyse verhindert. Die erwähnten theoretischen Analyseergebnisse können daher keinen Anspruch auf Vollständigkeit implizieren, sondern stellen Teilaspekte von sachfrageorientiertem Wahlverhalten dar, welche für die Landtagswahl 2011 in Baden-Württemberg und dessen Wahlergebnis mitentscheidend gewesen sind.

4. „Parteiidentifikation“, „Kandidatenorientierung“ und „Issue-Orientierung“ als Determinanten zur Analyse des Wahlergebnisses

Nachdem nun im Hinblick auf die einzelnen Determinanten Erkenntnisse gewonnen werden konnten, müssen diese nun zueinander in Kontext gesetzt werden, um die Wechselwirkungen zwischen den Determinanten zu berücksichtigen und somit im Sinne des Ann-Arbor-Ansatzes das Wahlergebnis analysieren zu können.

Die gewonnenen Erkenntnisse in Abschnitt 4.1 haben verdeutlicht, dass die PI mit den Grünen zwar verhältnismäßig intensiv ausgeprägt ist, sich insgesamt aber lediglich 10,2% kurz vor der Landtagswahl mit den Grünen identifizierten. Des Weiteren äußerten nur 45,8% der Befragten, die sich zugleich mit den Grünen identifizierten, die Absicht, die Partei auch wählen zu wollen. Anhand dieser Daten wird ersichtlich, dass die Färbewirkung der PI und damit auch der Einfluss dieser Determinante auf das Wahlergebnis gering ausgefallen ist. Dieser Befund bestätigt den bereits in Abschnitt 3.1.3 erwähnten Trend, dass sich immer weniger Menschen mit einer Partei identifizieren und somit der Einfluss der PI auf die Wahlentscheidung zunehmend abnimmt. Damit einher geht ein Bedeutungszuwachs der IO (siehe Abschnitt 3.3.2). Die herausgehobene Bedeutung der IO für das Wahlergebnis in Baden-Württemberg kann mithilfe von Abbildung 3 festgestellt werden. Im Hinblick auf das Wahlergebnis der Grünen waren hierbei im Wesentlichen die Sachfragen bezüglich der Atompolitik und Stuttgart 21 mitentscheidend. Aufgrund dieser wahlentscheidenden Themen konnten die Grünen aus genannten Gründen (siehe Abschnitt 4.3.2.1 und 4.3.2.2) im Vergleich zu den anderen Parteien maßgebliche Stimmenzuwächse verzeichnen. Obwohl im Vergleich zur IO der KO ein geringerer Einfluss auf das Wahlergebnis eingeräumt werden muss, konnten die Grünen durch ihren Spitzenkandidaten ebenfalls Stimmen gewinnen. Im direkten Vergleich mit dem Spitzenkandidaten der CDU gewinnt Winfried Kretschmann beide wesentlichen Einstellungsgrößen (siehe Kapitel 4.2).

Fasst man nun die drei Determinanten zusammen und betrachtet die Wahlentscheidung des Wählers entsprechend des Ann-Arbor-Ansatzes als Kompromiss zwischen den drei Determinanten, kommt man zu folgendem Ergebnis: Das Wahlergebnis der Grünen basiert im Wesentlichen auf der herausgehobenen Bedeutung der IO der Wähler. Die Grünen überzeugten inhaltlich in den hierbei relevanten Themenschwerpunkten (insbesondere im Hinblick auf die Debatte um die AKW-Nutzung) wie keine andere Partei die

Wählerschaft. Begleitet wurde dieser Sachverhalt durch eine im Verhältnis zum Wahlergebnis geringe PI, die sich aber durch eine hohe Intensität auszeichnete, sowie durch einen positiven Kandidateneffekt, der zwar in geringem Maße der alleinige Grund für die Wahlentscheidung war, aber dennoch den Kompromiss zugunsten der Grünen positiv beeinflusst hat.

5. Kritische Auseinandersetzung mit den Determinanten des Ann-Arbor-Ansatzes

Die Analyse des Wahlergebnisses der Grünen bei der Landtagswahl 2011 in Baden-Württemberg mithilfe des Ann-Arbor-Ansatzes hat gezeigt, dass die theoretischen Ausführungen der Forscher nur bedingt bestätigt werden können. So hat die PI nicht den Einfluss auf das Wahlergebnis gehabt, wie theoretisch zu vermuten war. Die vorgelagerte PI war nicht der maßgebliche Faktor für das Wahlergebnis der Grünen. Die theoretischen Ausführungen bezüglich der KO konnten hingegen weitestgehend auch empirisch belegt werden. Der bereits im Theorieteil erwähnte Bedeutungsgewinn der Determinante IO konnte ebenfalls empirisch nachgewiesen werden, obwohl an dieser Stelle die Frage gestellt werden muss, ob die IO im Ann-Arbor-Ansatz theoretisch richtig verortet wird. Zumindest anhand der empirischen Daten bezüglich der Landtagswahl 2011 in Baden-Württemberg erscheint die IO auch theoretisch gegenüber den anderen Determinanten hervorgehoben werden zu müssen.

Des Weiteren muss hinterfragt werden, inwiefern die im Ann-Arbor-Ansatz vorgestellten Konzepte der Determinanten in der Praxis anwendbar sind. Während die PI und die KO vergleichsweise einfach durch die Forschungsinstitute erhoben werden können (allerdings auch mit Problemen, siehe Abschnitt 4.1 und 4.2), ist dies bei der IO nicht der Fall. Insbesondere im Kontext des Bedeutungszuwachses der IO für das Wahlverhalten scheint hier eine Schwachstelle innerhalb der Theorie vorzuliegen. So hat zum Beispiel der Versuch der zeitlichen Einordnung der Sachfrage bezüglich der AKW-Nutzung offenbart, dass weder prospektives noch retrospektives Wahlverhalten ausgeschlossen werden kann. Hier hätten die Wahlforschungsinstitute somit zu jeder Sachfrage eine zeitliche Zuordnung erheben müssen, um eine konkrete Unterscheidung im Wahlverhalten zu ermöglichen. Des Weiteren hat sich gezeigt, dass allgemeine Befragungen, wie zum Beispiel in Abbildung 16 und 17 dargestellt, deutlich zu oberflächlich bleiben. Im Anschluss an diese Erhebungen hätten detailliertere Befragungen stattfinden müssen, die das Themenfeld Bildungspolitik in konkrete Sachfragen aufschlüsselt oder hinterfragen, was der Einzelne mit dem Begriff „soziale Gerechtigkeit“ verbindet. Das Konzept der IO stellt somit hohe Anforderungen an empirische Erhebungen, damit es auch theoretisch effektiv nutzbar gemacht werden kann. Diese Anforderungen werden in der Praxis durch die Wahlforschungsinstitute insbesondere aufgrund des erheblichen Mehraufwands und des Kostenfaktors nicht umgesetzt. Das IO Konzept kann somit mangels empirischen Datenmaterials nicht voll ausgeschöpft werden, was bedingt durch die Wechselwirkungen zwischen den Determinanten

auch zu Konsequenzen bezüglich der PI und KO führt. Dennoch ist festzuhalten, dass der Ann-Arbor-Ansatz im Vergleich zu allen anderen Wahlforschungstheorien eine vergleichsweise hohe Schnittmenge zwischen Theorie und Empirie aufweist, wie bei der Analyse von PI und KO weitestgehend gezeigt werden konnte.

Fazit

Wie bereits die Vielzahl an unterschiedlichen Wahlforschungstheorien im zweiten Kapitel andeutete, werden in der Forschung verschiedenste Faktoren angeführt, um Wahlverhalten erklärbar zu machen. Dieser Sachverhalt verdeutlicht, das Wahlverhalten ein komplexer Entscheidungsprozess ist, der durch viele Faktoren beeinflusst werden kann. Durch die Verwendung des Ann Arbor-Ansatzes wurde die Komplexität reduziert, indem der Fokus auf drei konkrete Determinanten gelegt wurde. Die in dieser Arbeit vorgestellten Analyseergebnisse haben daher nicht den Anspruch, eine umfassende Erklärung für das Wahlergebnis der Grünen dargelegt zu haben. Dennoch stellt der Ann Arbor-Ansatz trotz einiger Anwendungsschwierigkeiten mit der PI, KO und IO Determinanten bereit, die eine allgemeine Analyse des Wahlergebnisses der Grünen bei der Landtagswahl 2011 in Baden-Württemberg ermöglichen.

Die für das Wahlergebnis wichtigste Determinante war die IO, im Besonderen die Sachfrage, wie mit der Atomkraft zukünftig umzugehen sei. Die Reaktorkatastrophe in Fukushima, die sich nur wenige Tage vor der Wahl ereignete, sorgte hierbei für einen Meinungsumschwung, von denen die Grünen als einzige Partei massiv profitieren konnten, insbesondere weil die Partei bei dieser Sachfrage die mit Abstand höchsten Glaubwürdigkeitswerte erzielen konnte. Begleitet wurde dieser Effekt auf der Ebene der IO durch die stark polarisierende Frage, ob Stuttgart 21 gebaut werden soll. Bezüglich dieser Sachfrage nahmen die Grünen als einzige Partei mit Aussicht auf Regierungsbeteiligung eine ablehnende Haltung ein, sodass sich viele Projektgegner bei der Wahl für die Grünen entschieden. Mit dieser Wahlentscheidung ging die Hoffnung einher, dass Projekt durch die neue Regierung politisch verhindern zu können. Gerahmt wurde dieser Sachverhalt durch einen Spitzenkandidaten der Grünen, der auf der Ebene der KO positive Werte erzielen konnte sowie einer PI, die sich durch eine hohe Intensität auszeichnete. Gleichwohl müssen diese beiden Determinanten deutlich nachrangig für die Erklärung des Wahlergebnisses herangezogen werden. Insgesamt betrachtet kann die Analyse der drei Determinanten somit aufzeigen, welche wesentlichen Faktoren zum historischen Wahlergebnis der Grünen beigetragen haben, auch wenn soziodemographische oder geographische Faktoren unberücksichtigt blieben.

Literaturverzeichnis

- Arzheimer, Kai 2011. Funnel of causality. URL: <http://www.kai-arzheimer.com/conjoint/Image18.gif> (29.12.2011).
- Campbell, Angus, Gerald Gurin und Warren E. Miller 1954. *The Voter Decides*. Evanston/Illinois, Row, Peterson and Company.
- Campbell, Angus, Philipp E. Converse, Warren E. Miller und Donald E. Stokes 1960. *The American Voter*. New York: Wiley.
- Downs, Anthony 1957. *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper.
- Erikson, Robert S. und Thomas R. Palfrey 2000. Equilibria in Campaign Spending: Theory and Data, in: *American Political Science Review* 94, S. 595-609.
- Falter, Jürgen W., Harald Schoen und Claudia Caballero 2000. Dreißig Jahre danach: Zur Validierung des Konzepts PI in der Bundesrepublik, in: Markus Klein, Wolfgang Jagodzinski, Ekkehard Mochmann und Dieter Ohr (Hrsg.): *50 Jahre Empirische Wahlforschung Deutschland*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S.13-33.
- Falter, Jürgen W., Harald Schoen (Hrsg.) 2005. *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Greene, Steven H. 1999. Understanding Party Identification. A Social Identity Approach, in: *Political Psychology* 20, 393-403.
- Holmberg, Sören 1994. Party Identification Compared across the Atlantic, in: M. Kent Jennings und Thomas E. Mann (Hrsg.): *Elections at Home and Abroad*. Ann Arbor. University of Michigan Press, S. 93-121.
- Jennings, M. Kent und Richard G Niemi 1968. The Transmission of Political Values from Parent to Child, in: *American Political Science Review* 62, S. 169-184.
- Jennings, M. Kent 1989. The Crystallization of Orientations, in: M. Kent Jennings und Jan W. van Deth (Hrsg.): *Continuities in Political Action*. De Gruyter: Berlin, New York, S. 313-348.
- Katz, Richard S. 1979. The Dimensionality of Party Identification, in: *Comparative Politics* 11, S. 147-163.
- Key, Valdimir O. und Frank Munger 1959. Social Determinism and Electoral Decision: The Case of Indiana, in: Eugene Burdick und Arthur J. Brodbeck (Hrsg.): *American Voting Behavior*. New York: Free Press, S. 281-299.
- Key, Valdimir O. 1966. *The Responsible Electorate. Rationality in Presidential Voting, 1936-1960*. New York: Vintage Books.
- Merton, Robert K. 1957. *Social Theory and Social Structure*. Überarbeitete Auflage. Glencoe: Free Press

Maggiotto, Michael A. und James E. Piereson 1977. Partisan Identification and Electoral Choice. The hostility hypothesis, in: *American Journal of Political Science* 21, S. 745-767.

Norpoth, Helmut 1977. Kanzlerkandidaten, in: *Politische Vierteljahrszeitschrift* 18, S. 551-572.

Piepenbrink, Johannes 2009. Soziale Gerechtigkeit, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 47/2009, S. 2.

Rabinowitz, George, James W. Prothro und William G Jacoby 1982. Saliency as a Factor in the Impact of Issues on Candidate Evaluation, in: *Journal of Politics* 42, S. 41-63.

Roller, Edeltraud 1998. Positions- und performanzbasierte Sachfragenorientierungen und Wahlentscheidung: Eine theoretische und empirische Analyse aus Anlaß der Bundestagswahl 1994, in: Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1994*. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 173-219.

Rose, Richard und William Mishler 1998. Negative and Positive Party Identification in Post-Communist Countries, in: *Electoral Studies* 17, S. 217-234.

Rossi, Peter H. 1959. Four Landmarks in Voting Research, in: Eugene Burdick und Arthur J. Brodbeck (Hrsg.): *American Voting Behaviour*. New York: The Free Press.

Roth, Dieter 2008. *Empirische Wahlforschung – Ursprung, Theorien, Instrumente und Methoden*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Stokes, Donald E. 1963. Spatial Models of Party Competition, in: *American Political Science Review* 57, S. 368-377.

Thomassen, Jacques 1976. Party Identification as a Cross-National Concept: Its Meaning in the Netherlands, in: Ian Budge, Ivor Crewe und Dennis Farlie (Hrsg.): *Party Identification and Beyond. Representations of Voting and Party Competition*. London: John Wiley & Sons, S. 63-79.

Valentine, David C. und John R. van Wingen 1980. Partisanship, Independence, and the Partisan Identification Question, in *American Politics Quarterly* 8, S. 165-186.

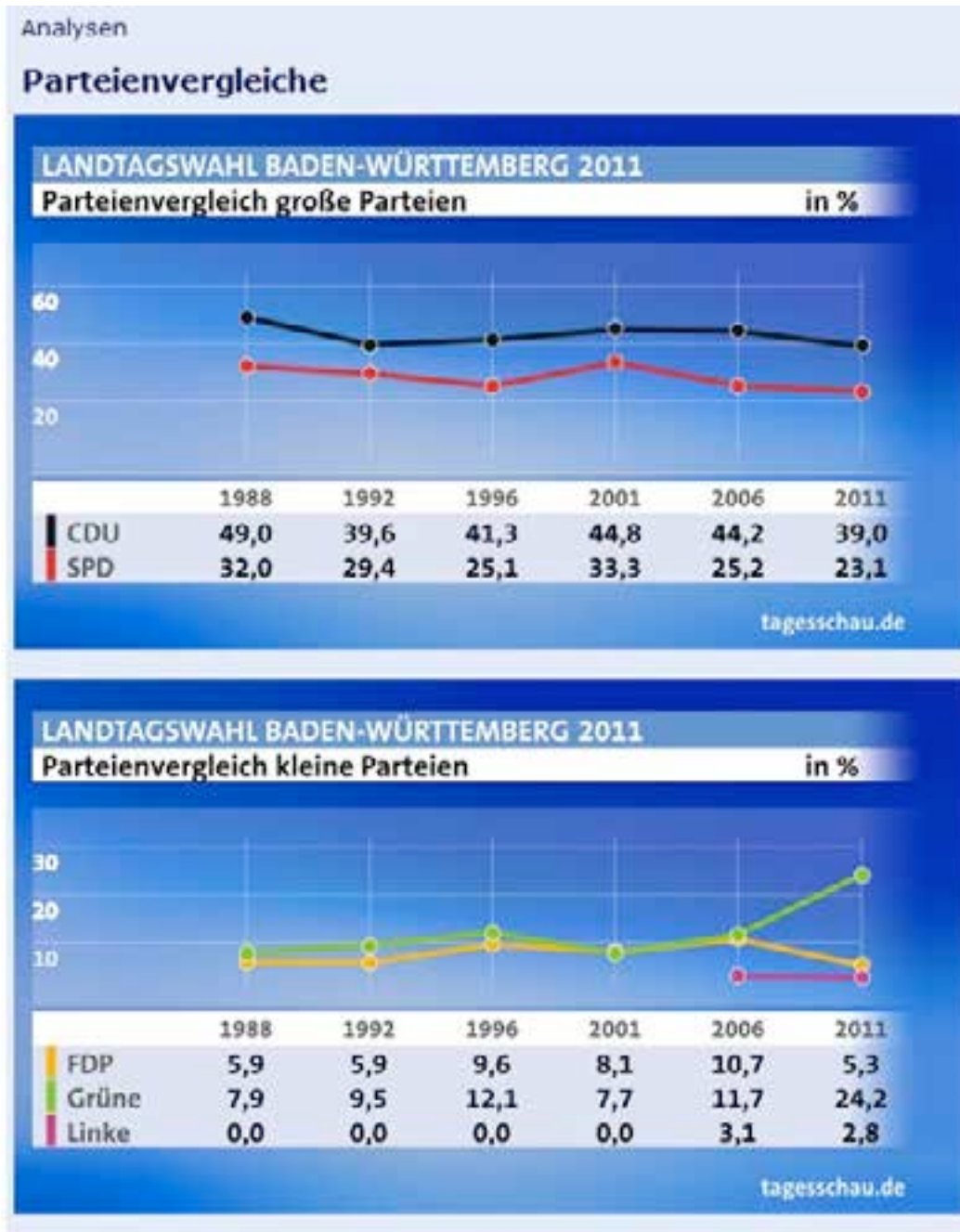
Zeit 2011. Die Wahl der Spätentscheider: Die AKW-Katastrophe hat die Grünen in Baden-Württemberg stark gemacht. Ihre Wähler kamen vor allem von CDU, SPD und Nichtwählern. URL: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-03/waehlerverhalten-baden-wuerttemberg> (05.01.2012)

Zelle, Carsten 1995a. *Der Wechselwähler. Politische und soziale Erklärungsansätze des Wählerwandels in Deutschland und den USA*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Zelle, Carsten 1995b. Social Dealignment versus Political Frustration: Contrasting Explanations of the Floating Vote in Germany, in: *European Journal of Political Research* 27, S. 319-345.

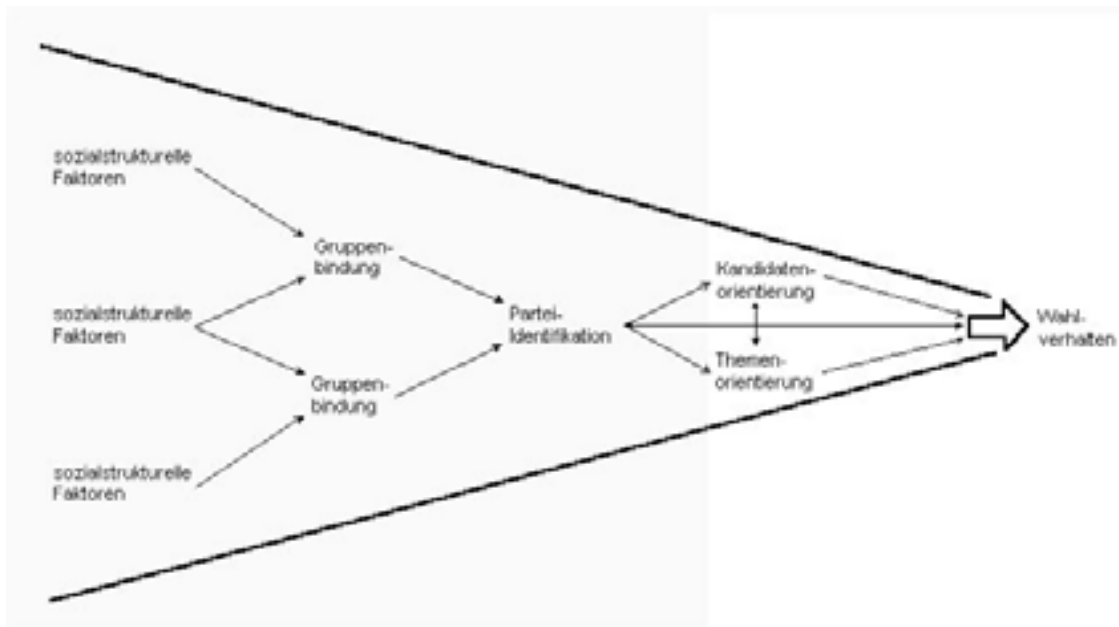
Anhang

Abbildung 1: Parteienvergleiche bezüglich Wahlergebnis



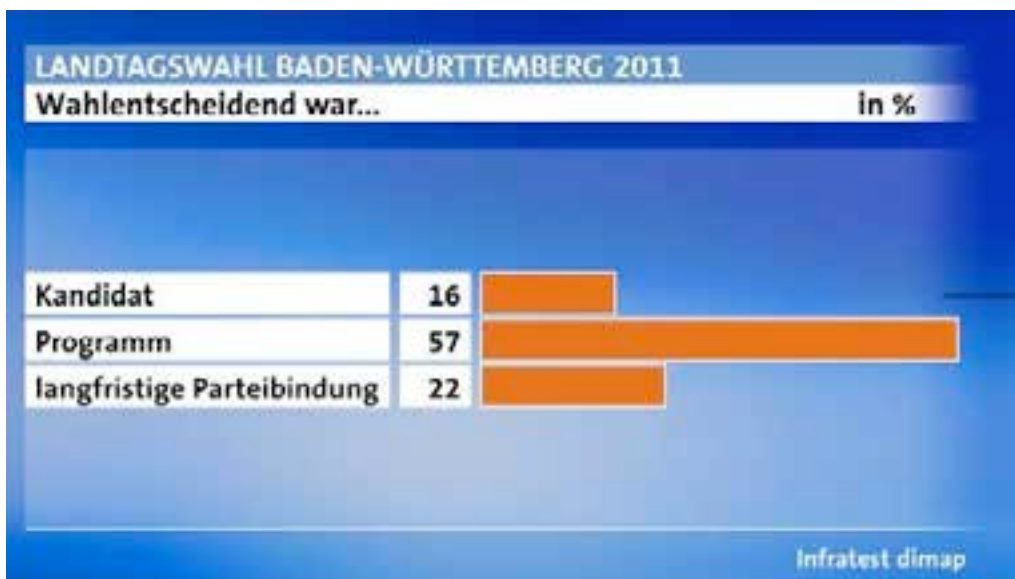
Quelle: <http://stat.tagesschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-BW/analyse-vergleiche.shtml>

Abbildung 2: „funnel of causality“



Quelle: <http://www.kai-arzheimer.com/conjoint/Image18.gif>

Abbildung 3: Einflussreichste Determinante



Quelle: <http://stat.tagesschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-BW/umfrage-kandidat.shtml>

Abbildung 4: Parteiidentifikation

ZDF BLITZUMFRAGE IN BADEN-WÜRTTEMBERG adjustiert an der Prognose
Ergebnisse einer telefonischen Befragung März 2011

Frage # S+T

In Deutschland neigen viele Leute längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie - ganz allgemein gesprochen - einer bestimmten Partei zu? Wenn ja: welcher?

Wie stark oder wie schwach neigen Sie - alles zusammengenommen - dieser Partei zu: sehr stark, ziemlich stark, mäßig, ziemlich schwach oder sehr schwach?

		PARTEIIDENTIFIKATION						
Prozentwerte		Gesamt	CDU-CSU	SPD	FDP	GRÜNE	Linke	keine
Anzahl		1454	441	253	34	147	15	479
PARTEIIDENTIFIKATION								
CDU-CSU	30.3	100.0	-	-	-	-	-	-
SPD	17.4	-	100.0	-	-	-	-	-
FDP	2.4	-	-	100.0	-	-	-	-
GRÜNE	10.2	-	-	-	100.0	-	-	-
Linke	1.0	-	-	-	-	100.0	-	-
keine	32.9	-	-	-	-	-	-	100.0
PARTEIIDENTIFIKATION								
CDU-CSU (sehr) stark	18.4	60.6	-	-	-	-	-	-
CDU-CSU mäßig, schwach	11.9	39.4	-	-	-	-	-	-
SPD (sehr) stark	8.9	-	51.3	-	-	-	-	-
SPD mäßig, schwach	8.5	-	48.7	-	-	-	-	-
FDP (sehr) stark	1.2	-	-	50.9	-	-	-	-
FDP mäßig, schwach	1.2	-	-	49.1	-	-	-	-
GRÜNE (sehr) stark	7.6	-	-	-	74.5	-	-	-
GRÜNE mäßig, schwach	2.6	-	-	-	25.5	-	-	-
Linke (sehr) stark	0.6	-	-	-	-	56.6	-	-
Linke mäßig, schwach	0.4	-	-	-	-	43.4	-	-
keine	32.9	-	-	-	-	-	-	100.0
Rest	5.8	-	-	-	-	-	-	-

Abbildung 5: Parteiidentifikation und Wahlabsicht

Prozentwerte	Anzahl	WAHLABSICHT LTB						KOALITIONSWUNSCH					
		Gesamt	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	LINKE	andere Partei w. n.	wird nicht wählen	CDU + FDP	CDU + GRÜNE	CDU + SPD	SPD + GRÜNE + LINKE
PARTEIIDENTIFIKATION													
CDU-CSU	30.3	76.5	4.1	6.4	22.3	7.0	18.2	14.4	68.4	55.0	48.2	3.1	-
SPD	17.4	2.4	65.2	8.5	7.1	10.0	12.3	3.1	1.8	1.5	23.8	34.8	8.9
FDP	2.4	1.2	0.1	0.6	31.5	-	3.0	-	5.5	1.3	2.6	0.3	-
GRÜNE	10.2	0.1	3.5	45.8	-	4.7	2.8	3.3	0.5	11.4	0.8	25.5	17.1
Linke	1.0	-	0.4	0.3	-	31.8	0.3	2.3	-	-	-	0.3	23.1
keine	32.9	18.4	24.1	36.3	39.1	42.3	45.5	68.8	20.8	27.3	24.8	31.1	45.9
PARTEIIDENTIFIKATION													
CDU-CSU (sehr) stark	18.4	50.7	1.7	2.2	12.3	7.0	8.2	5.1	50.7	25.1	27.9	0.9	-
CDU-CSU mäßig, schwach	11.9	25.9	2.4	4.2	10.0	-	10.0	9.3	17.7	29.9	18.3	2.2	-
SPD (sehr) stark	8.9	0.6	39.7	3.6	5.4	3.4	2.6	1.3	0.9	-	7.5	19.7	3.8
SPD mäßig, schwach	8.5	1.7	25.5	4.9	1.7	6.6	8.7	1.8	0.9	1.5	16.3	15.1	3.0
FDP (sehr) stark	1.2	0.9	-	0.5	16.6	-	0.9	-	3.4	0.4	2.3	0.2	-
FDP mäßig, schwach	1.2	0.3	0.1	0.2	14.9	-	2.0	-	2.1	0.9	0.4	0.2	-
GRÜNE (sehr) stark	7.6	-	1.9	35.5	-	-	1.9	2.6	0.3	7.1	0.2	20.1	6.5
GRÜNE mäßig, schwach	2.6	0.1	1.5	10.3	-	4.7	0.9	0.7	0.2	4.3	0.6	5.4	10.6
Linke (sehr) stark	0.6	-	0.4	0.3	-	19.0	0.2	-	-	-	-	0.3	6.4
Linke mäßig, schwach	0.4	-	-	-	-	12.8	0.1	2.3	-	-	-	-	16.8
keine	32.9	18.4	24.2	36.2	39.1	42.3	45.6	68.8	20.8	27.3	24.8	31.1	45.9
Rest	5.8	1.4	2.6	2.1	-	4.2	17.9	8.1	3.0	3.5	1.7	4.8	7.0

FORSCHUNGSGRUPPE WÄHLEN e. V., MAINHEIM

Abbildung 6: Parteiidentifikation und Wahl bei Landtagswahl 2006

Prozentwerte	LANDTAGSWAHL 2006													
	HANGPLATZ 1					HANGPLATZ 2								
	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	Linke	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	Linke, andere Partei m.n.	nicht: gewählt Berecht			
Gesamt	Anzahl	1454	519	281	398	61	40	492	285	160	110	17	170	220
PARTEIIDENTIFIKATION														
CDU-CSU	30.3	71.4	3.9	6.1	14.5	12.1	72.6	1.3	26.0	8.6	15.6			
SPD	17.4	3.7	57.4	13.0	2.5	10.0	2.3	64.2	8.3	2.7	17.0	7.7	11.9	
FDP	2.4	1.1	0.3	0.9	29.1	-	0.7	0.2	25.5	0.9	0.2	6.4	11.3	
GRÜNE	10.2	0.1	2.7	34.1	-	26.8	0.9	4.4	1.9	6.0	40.7	1.0	1.1	
Linke	1.0	0.1	0.9	0.3	-	47.6	22.4	1.2	0.6	27.8	49.8	48.5		
keine	32.9	21.3	29.8	40.4	49.9									
PARTEIIDENTIFIKATION														
CDU-CSU (sehr) stark	18.4	46.3	1.5	2.2	4.9	4.8	45.2	0.1	18.3	2.5	8.8			
CDU-CSU mäßig, schwach	11.9	25.1	2.4	3.9	9.6	7.3	27.4	1.1	7.7	6.3	6.8			
SPD (sehr) stark	8.9	0.7	35.0	5.1	2.5	6.2	0.9	36.7	2.1	2.7	2.8	3.7		
SPD mäßig, schwach	8.5	3.0	22.4	7.9	-	3.9	1.4	27.5	0.6	14.3	4.9	8.2		
FDP (sehr) stark	1.2	0.5	0.3	0.3	19.8	-	0.6	0.2	12.5	-	-	-		
FDP mäßig, schwach	1.2	0.6	0.3	0.6	9.3	-	0.1	0.2	1.6	2.7	5.3	7.1	4.1	
GRÜNE (sehr) stark	7.6	-	1.5	26.5	-	-	0.5	3.5	0.3	33.7	0.8	0.3		
GRÜNE mäßig, schwach	2.6	0.1	1.2	7.7	-	12.7	0.4	1.0	0.4	7.1	0.3	0.9		
Linke (sehr) stark	0.6	0.1	0.6	0.3	-	14.1	-	0.8	0.6	27.8	49.8	48.5		
Linke mäßig, schwach	0.4	-	0.3	-	-	47.6	22.4	27.4	29.3	8.4	25.3	11.4		
keine	32.9	21.3	29.8	40.4	49.9									
Rest	5.8	2.3	5.0	5.1	4.0	3.4	1.1	1.3	0.3	8.4	25.3	11.4		

Abbildung 7: Parteiidentifikation und Alter

Prozentwerte	Anzahl	ALTER										GESCHLECHT + ALTER			
		-24	-29	-39	-49	-59	60	bis 34	35-59	60 und	bis 34	35-59	60 und	60 und	
		Jahre	Jahre	Jahre	Jahre	Jahre	Jahre	Jahre	Jahre	Jahre	Jahre	Jahre	Jahre	Jahre	
Gesamt	1454	142	103	199	291	242	477	174	325	205	163	315	272		
PARTEIIDENTIFIKATION															
CDU-CSU	30.3	19.8	24.8	34.7	24.3	24.3	39.5	29.3	29.6	40.5	21.7	22.6	39.7		
SPD	17.4	10.1	13.4	13.6	12.9	22.4	22.1	12.7	17.5	25.9	12.2	15.3	19.4		
FDP	2.4	0.2	2.2	0.6	2.9	3.6	2.8	1.0	4.0	3.4	0.5	1.7	2.4		
GRÜNE	10.2	10.0	10.7	12.2	13.5	4.4	4.4	9.8	12.5	4.5	10.4	16.5	4.4		
Linke	1.0	0.4	1.1	1.9	1.8	1.1	0.4	1.4	1.6	0.9	-	1.0	-		
keine	32.9	49.3	41.2	30.3	36.6	32.3	25.5	39.3	29.6	20.7	48.5	36.1	29.0		
PARTEIIDENTIFIKATION															
CDU-CSU (sehr) stark	16.4	14.3	13.8	22.0	15.2	13.5	23.4	17.6	20.4	24.1	14.4	11.1	22.8		
CDU-CSU mäßig/schwach	11.9	5.5	11.0	12.6	9.1	10.8	16.1	10.6	9.2	16.4	7.3	11.5	15.9		
SPD (sehr) stark	8.9	4.7	5.3	5.9	6.0	12.9	12.0	7.4	6.8	15.4	5.5	9.0	9.4		
SPD mäßig/schwach	8.5	5.4	8.1	7.7	6.9	9.5	10.2	5.3	10.7	10.5	6.7	6.3	10.0		
FDP (sehr) stark	1.2	-	0.8	0.6	2.4	2.0	0.7	-	2.6	1.4	0.5	1.5	0.3		
FDP mäßig/schwach	1.2	0.2	1.3	0.5	0.5	1.6	2.0	1.0	1.5	2.0	0.2	0.3	2.1		
GRÜNE (sehr) stark	7.6	6.8	9.7	9.0	11.6	11.5	2.3	6.0	9.4	3.3	9.7	13.3	1.6		
GRÜNE mäßig/schwach	2.6	3.3	1.1	3.3	3.6	2.1	2.1	3.8	3.0	1.2	0.7	3.2	2.8		
Linke (sehr) stark	0.6	-	1.1	1.0	1.0	1.1	-	1.1	0.8	-	-	1.3	-		
Linke mäßig/schwach	0.4	0.4	-	0.9	0.8	-	0.4	0.3	0.8	0.9	-	0.5	-		
keine	32.9	49.3	41.2	30.3	36.6	32.2	25.5	39.4	29.6	20.7	48.5	36.1	29.0		
Rest	5.8	10.1	6.6	6.7	6.3	2.8	5.3	7.5	5.2	4.1	6.7	6.0	6.1		

FORSCHUNGSGRUPPE BASEL e. V., MANHEIM

Abbildung 8: Profilvergleich Mappus/Kretschmann



Quelle: <http://stat.tagesschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-BW/umfrage-kandidat.shtml>

Abbildung 9: Zufriedenheit mit der politischen Arbeit



Quelle: <http://stat.tagesschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-BW/umfrage-kandidat.shtml>

Abbildung 10: Direktwahl Ministerpräsident Mappus/Kretschmann



Quelle: <http://stat.tagesschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-BW/umfrage-kandidat.shtml>

Abbildung 11: Direktwahl Ministerpräsident Mappus/Schmid



Quelle: <http://stat.tagesschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-BW/umfrage-kandidat.shtml>

Abbildung 12: Profilvergleich Mappus/Schmid



Quelle: <http://stat.tagesschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-BW/umfrage-kandidat.shtml>

Abbildung 13: Kandidatenfaktor



Quelle: <http://stat.tagesschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-BW/umfrage-kandidat.shtml>

Abbildung 14: Zufriedenheit mit der Landesregierung im Zeitverlauf



Quelle: <http://stat.tagesschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-BW/umfrage-regierung.shtml>

Abbildung 15: Regierungswechsel: Zustimmung/Ablehnung



Quelle: <http://stat.tagesschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-BW/umfrage-regierung.shtml>

Abbildung 16: Wahlentscheidende Themen: Grünen-Wähler



Quelle: <http://stat.tagesschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-BW/umfrage-wahlentscheidend.shtml>

Abbildung 17: Wahlentscheidende Themen: neue Grünen-Wähler



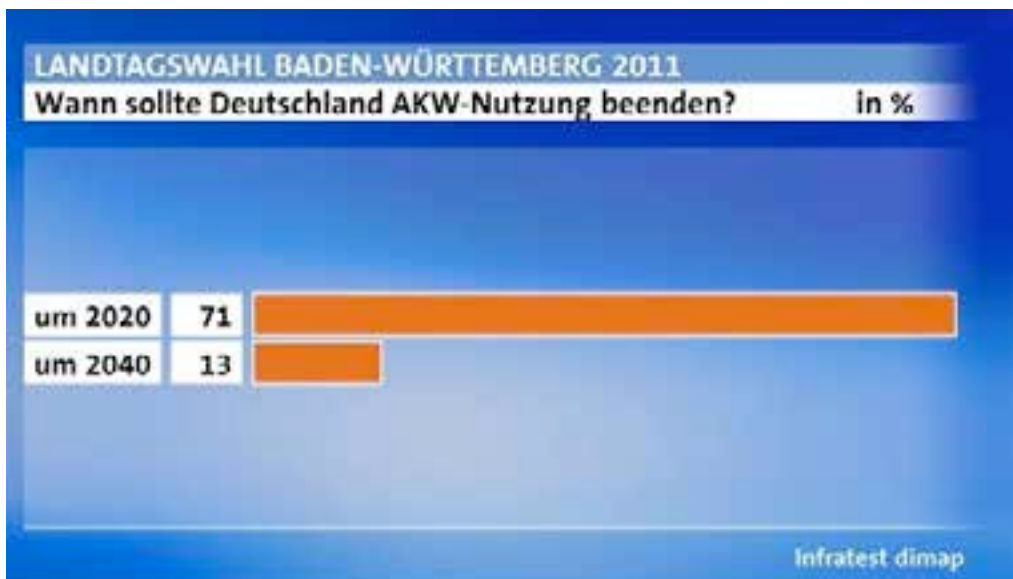
Quelle: <http://stat.tagesschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-BW/umfrage-wahlentscheidend.shtml>

Abbildung 18: „Wichtigste Probleme im Land“ im Vergleich zu 2006



Quelle: <http://stat.tagesschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-BW/umfrage-aktuellethemen.shtml>

Abbildung 19: Zeitpunkt der Beendigung der AKW-Nutzung



Quelle: <http://stat.tagesschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-BW/umfrage-atomdebatte.shtml>

Abbildung 20: Zeitpunkt der Beendigung der AKW-Nutzung nach Parteien



Quelle: <http://stat.tagesschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-BW/umfrage-atomdebatte.shtml>

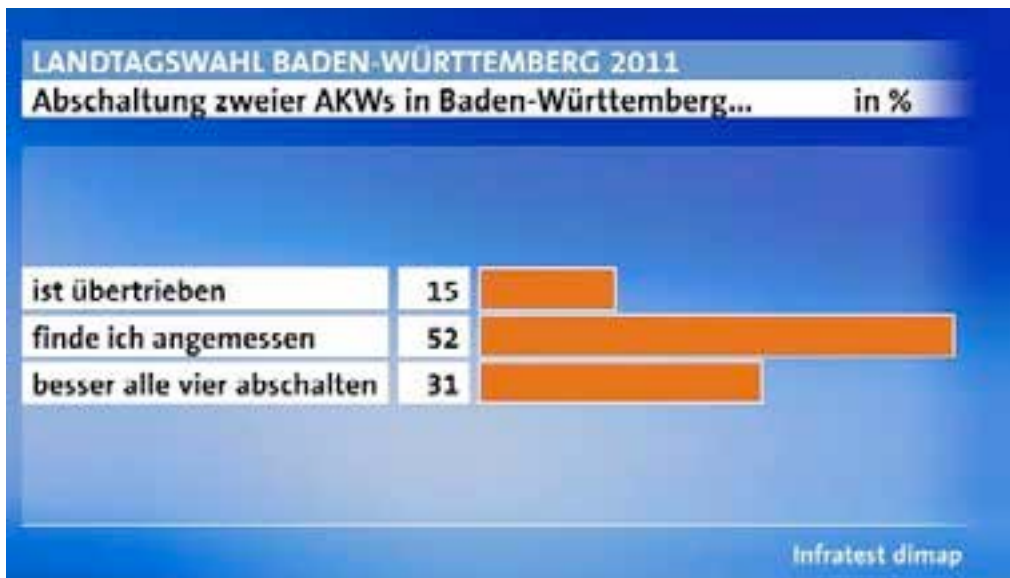
Abbildung 21: Diskussion über Atomkraft in Deutschland



Diskussion über Atomkraft in Deutschland

Quelle: <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/baden-wuerttemberg/laendertrend/2011/maerz-ii/>

Abbildung 22: Abschaltung von zwei AKWs in BaWü



Quelle: <http://stat.tagesschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-BW/umfrage-atomdebatte.shtml>

Abbildung 23: Neue Atompolitik der Bundesregierung



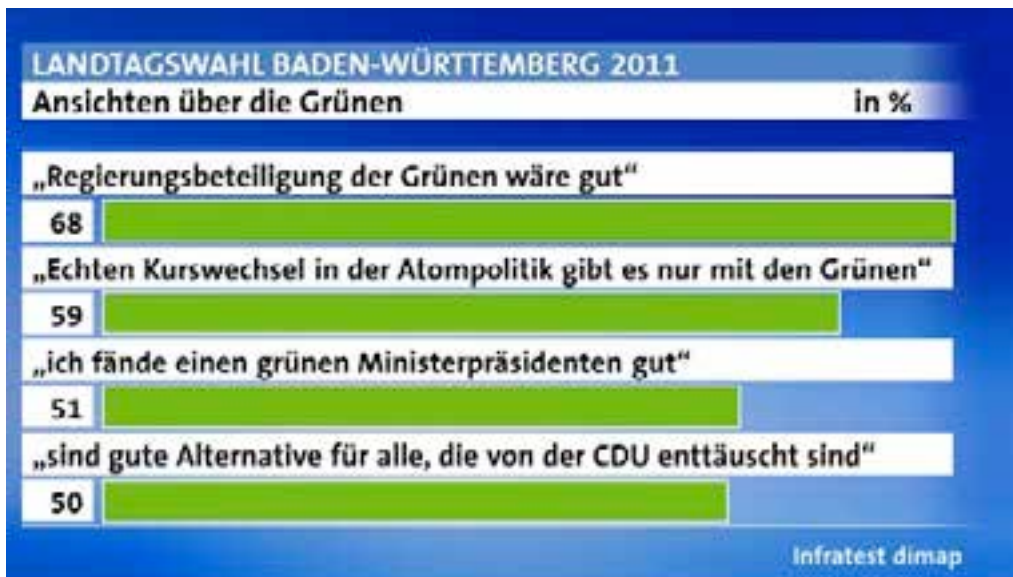
Quelle: <http://stat.tagesschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-BW/umfrage-atomdebatte.shtml>

Abbildung 24: Kompetenzen der Grünen im Vergleich zu 2006



Quelle: <http://stat.tagesschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-BW/umfrage-kompetenz.shtml>

Abbildung 25: Ansichten über die Grünen



Quelle: <http://stat.tagesschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-BW/umfrage-aussagen.shtml>

Abbildung 26: Stuttgart 21: Einfluss auf Landtagswahl 2011



Quelle: <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/baden-wuerttemberg/laendertrend/2010/september/>

Abbildung 27: Stuttgart 21: Zustimmung/Ablehnung



Quelle: <http://stat.tagesschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-BW/umfrage-aktuellethemen.shtml>

Abbildung 28: Stuttgart 21: Zustimmung/Ablehnung im Zeitverlauf



Quelle: <http://stat.tagesschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-BW/umfrage-aktuellethemen.shtml>

Abbildung 29: Stuttgart 21: Zustimmung/Ablehnung nach Parteianhängern

Baden-Württemberg: Dezember 2010
Parteianhänger: Stuttgart 21

SWR
STUTTGARTER
ZEITUNG



Frage: Im Rahmen des Projekts „Stuttgart 21“ soll der Hauptbahnhof in einen urbanen Durchgangsbahnhof umgewandelt werden, und die Strecke Stuttgart-Ulm soll ausgebaut werden. Wie ist Ihre Meinung: Sind sie grundsätzlich für oder gegen das Projekt „Stuttgart 21“?

Grundgesamtheit: Wählerfähige Bevölkerung in Baden-Württemberg / Angaben in Prozent
Fehlende Werte zu 100%. Weiß nicht / keine Angabe

Infratest dimap

Nach Parteianhängern: „Stuttgart 21“

Quelle: <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/baden-wuerttemberg/laendertrend/2010/dezember/>

ZDES Working Papers

Arbeitspapiere des Zentrums für Deutschland- und Europastudien

Рабочие тетради Центра изучения Германии и Европы

Universität Bielefeld – Fakultät für Soziologie
Postfach 100131 – 33501 Bielefeld – Deutschland

Staatliche Universität St. Petersburg – 7/9 Universitetskaja Nab.
199034 St. Petersburg – Russland

<http://zdes.spbu.ru/>

info@zdes.spbu.ru